

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 12. März 1924.

Nr. 61.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 98.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (früh)

Vor deutschen Wahlen.

Im Juni endet die vierjährige Funktionsdauer des deutschen Reichstages. So kurz diese Frist ist, der Reichstag wird sie nicht zu Ende leben, denn schon in wenigen Tagen, spätestens in einigen Wochen, will die Regierung an seine Auflösung schreiten. Als Tag der Neuwahlen dürfte der 11. Mai festgesetzt werden. Ursprünglich war der 6. April in Aussicht genommen, doch da die Möglichkeit völliger Wahlerfolge besteht, was wieder auf die Wahlaussichten des nationalen Blocs Poincarés befeuernd wirken würde, sollen die deutschen Wahlen erst nach den französischen Kammerwahlen anberaumt werden, um dem französischen Nationalismus nicht Wahlfutter zu liefern. Wenn die Kammerwahlen in Frankreich über Ziel und Richtung der französischen Politik in der nächsten Zukunft die Entscheidung bringen werden, so bedeuten die Wahlen in Deutschland noch viel mehr: bei ihnen wird auf lange Zeit über das deutsche Schicksal selbst entschieden werden! Hier wird es nicht bloß um Teilfragen gehen, nicht bloß um die Sicherung der Demokratie, um die Erhaltung der noch vorhandenen spärlichen inneren Freiheiten und der sozialen Errungenschaften, sondern buchstäblich um das Dach über dem Kopfe des deutschen Volkes, um Erhaltung oder Untergang des Staates.

Die beabsichtigte vorzeitige Auflösung des Reichstages ist ein Schachzug der sozialen Reaktion. Der deutschen Reichsregierung ist es, nicht ohne Zutun der Sozialdemokraten, gelungen, durch die Einführung der Rentenmark der katastrophalen Geldentwertung vorzubeugen und seit mehr als drei Monaten die Papiergeldwährung in einem festen Verhältnis zur Rentenmark zu erhalten. Es ist auch durch eine Reihe von Finanzmaßnahmen gelungen, die Staatsausgaben mit den Einnahmen in ein gewisses Gleichgewicht zu bringen. Im Herbst des abgelaufenen Jahres war der finanzielle Stand des Reichshaushaltes so, daß von den Staatseinnahmen kaum der hundertste Teil der Ausgaben gedeckt werden konnte, während jetzt etwa neunzig Prozent der Ausgaben durch ordentliche Einnahmen ihre Deckung finden. Ob die Sanierung eine dauernde ist, mag noch zweifelhaft sein, im Augenblick ist sie jedenfalls durchgeführt, doch auf wessen Kosten? Als die deutschen Arbeiter im Ruhrkampf standen, wurde ihnen von der Regierung ewiger Dank und ewige Treue in Aussicht gestellt. Die deutsche Bourgeoisie sorgte nicht, den Ruhm der deutschen Arbeiterklasse zu vermindern. Kaum war der Ruhrkrieg zu Ende, so zeigte die Großbourgeoisie ihre Dankbarkeit den Arbeitern für die bewiesene Vaterlandsliebe durch ihre Anschläge auf den Achtundtag und die Regierung wälzte den Großteil der Sanierungskosten auf die Schultern der arbeitenden Volksklassen. Das hat nun zu einem Konflikt der Sozialdemokraten mit der Reichsregierung geführt, den diese durch Auflösung des Reichstages lösen will. Die Sozialdemokraten haben im Reichstage eine Anzahl von Anträgen eingebracht, welche die Aenderung einer Anzahl von Verordnungen bezwecken, die auf Grund des der Regierung bewilligten Ermächtigungsgesetzes zum Zwecke der Sanierungsmaßnahmen erlassen wurden. Diese Verordnungen belasten die Arbeiter, die Beamten, die Rentenbezieher und die Arbeitslosen in drückendster Weise, während die bürgerliche Regierung die Taschen der Besthenden in der ungerechtesten und unverfrorensten Weise zu schonen verstand. Von der deutschen Steuer- gesetzgebung erhält man eine Vorstellung, wenn man erwägt, daß die englische Bourgeoisie im letzten Steuerjahr 1895 Millionen Goldmark an Einkommensteuer entrichtete, während die deutsche Bourgeoisie im selben Zeitraum nur 50 Millionen Goldmark bezahlte. Nicht anders ist es bei der Erbschaftsteuer. Die Sozialdemokraten verlangen daher eine Verschiebung der Lasten der Sanierung, sie fordern

Der Generalstaatshochverräter

Kahr als Zeuge. — Der Vormarsch gegen Berlin. — Das Hitlerheiligum — ein „Saufall“.

München, 11. März. (Eigenbericht.) Der zwölfte Verhandlungstag brachte die mit Spannung erwartete Zeugenerklärung des früheren Generalsstaatskommissars von Kahr. Der Sitzungssaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Kahr, der ebenso wie gestern Löffow, nicht vereidigt wurde, da auch gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Hochverrat schwebt, machte seine Ausführungen an Hand eines dicken Aktenbündels, was weiter nicht verwunderlich erscheint, denn es ist allgemein bekannt, daß Kahr nicht gewohnt ist, frei zu sprechen.

Die Darlegungen Kahrs begannen mit der Schilderung der wirtschaftlichen und politischen Lage in Bayern und im Reich zur Zeit seiner Ernennung zum Generalsstaatskommissar. Sie deden sich vielfach wörtlich mit den Ausführungen des Generals Löffow am Tage vorher. Kahr habe die Pläne Hitlers nie gebilligt; er sei lediglich für einen Druck auf Berlin gewesen, der in erster Linie von der Industrie und der Landwirtschaft ausgeht werden sollte, um die Reichsregierung durch ein nationales Direktorium abzulösen. Dieser Plan sei von norddeutschen Kreisen ausgegangen, an deren Spitze der

Admiral Tirpitz

stand, mit dem Kahr einen lebhaften Briefwechsel unterhielt. Nach den Informationen von Tirpitz schien die Errichtung dieses Direktoriums unmittelbar bevorzustehen und der Verwirklichung dieses Direktoriums habe das ganze Streben Kahrs als Generalsstaatskommissar gegolten. Diese Bestrebungen seien aber keineswegs hinter dem Rücken der Regierung Knilling erfolgt. Im Gegensatz hierzu entstand zu jener Zeit der Plan einer Hitler-Ludendorff-Diktatur in Bayern und

die Idee des Vormarsches nach Berlin. Dieser Gedanke sei ihm und Löffow direkt kata-

strophal erschienen, da er schwere Erschütterungen des ganzen Reiches hätte zur Folge haben müssen, und Kahr hätte sich deshalb in Gemeinschaft mit Löffow jederzeit entschieden dagegen ausgesprochen.

Ende September ließ ihm Hitler, mit dem er sonst keine persönlichen Verbindungen gehabt habe, durch Seißer mitteilen, daß er nicht mit ihm gehen könne, da Kahr ganz im Schlepptau der Kurie stünde. Am gleichen Tage habe Kahr auch eine Besprechung mit Pöchner, wobei er ihm mitteilte, daß nach seiner Ansicht es leicht zu einem Eingreifen der bayerischen Reichswehr in Sachsen und Thüringen kommen könne, und daß ein Zivilkommissar für dieses Gebiet ernannt werden müsse.

In seiner Aussage über die Vorgänge im Bürgerbräukeller redete sich Kahr ebenfalls auf ein Komödienspiel aus. Er sei diesen Vorgängen von vorn herein mit dem Gefühl des Eckels und Ingrimm gegenüberstanden. Gleich beim Eintritt in den Saal habe er zu Löffow gesagt: Da hat uns die Polizei

in einen schönen Saufall

geraten lassen; da müssen wir schauen, daß wir wieder herauskommen. Um seine Bewegungsfreiheit wieder zu gewinnen, habe er sich schließlich bereit erklärt, die Statthaltertschaft für die Monarchie zu übernehmen. Unmittelbar nach seiner Rückkehr in das Generalsstaatskommissariat habe er ohne irgendeine vorhergehende Besprechung mit dem Kronprinzen Rupprecht oder dem Kardinal Faulhaber die Handlungsfreiheit wiedergewonnen. Ein großer Teil der Vernehmung Kahrs fand in geheimer Sitzung statt.

Morgen vormittags wird der Kommandant der bayerischen Landespolizei Oberst von Seißer vernommen werden; am Nachmittag werden die Fragen an Kahr fortgesetzt werden.

Haben sie ihn erschlagen?

Haben sie ihn schon umgebracht, ihren gehäßtesten Gegner, die Antinazisten aller Art? Sie haben es an Mühe nicht fehlen lassen, nicht an Fleiß und nicht an Worten gespart und erfolgversprechende Taten nicht unterlassen; und sie haben es je nach Bedarf mit „Wissenschaftlichkeit“ oder mit Plattenbrüder-Argumenten versucht. Und daß sie mit dem Golde nicht zu knausern brauchen, verheißt sich von selbst, denn zur Bekämpfung des „schlimmsten Feindes des deutschen Volk“ stellte sich der deutsche Fabrikant willig in eine Front mit dem für völkische Hochziele streitenden Schriftleiter und dem hakenkreuzgläubigen Kommissar. Was war das für eine Front! Was für eine Siegfriedstellung, von der aus die große Offenstose gegen den Marxismus vorgetragen wurde! Alle deutscharischen Stammtische waren in sie einbezogen und alle Schriftleitungen, Turn- und Wintersportvereine und Regattaclubs, völkische Gewerkschaften und unparteiische Schutzvereine, Hochschullehrer und Wanderredner, Kleingewerbetler und Großunternehmer und schließlich, vollstrenge Arbeiter, arische Großgrundbesitzer, hungernde Kleinbauern und — in der zweiten Linie stehend — jüdische Händler, Bankleute und Zeitungswreiber. Dem wenn auch der Marxismus nach völkischer Lehre ein „spezifisch jüdisches“ ist, so kann doch auch der selbstlose Jude, sofern er durch Besitz den arischen Marxfeinden sich verwandt fühlt, die Vergiftung des deutschen Volkes, bei dem er zu Gast ist, — die Vergiftung durch eine volksfremde Lehre nicht ohne Schauder und Ekel, und nicht ohne von tiefstem Mitleid erfüllt zu werden, mit ansehen.

Wer sollte in der Front? Ewa die Diener der freien Kirche? O nein! Wenn es in diesem Kampfe auch keine Waffen zu segnen gab, wie im glorreichen Weltkrieg, so konnte er doch durch kräftige Konzessionsprüche zu einem neuen Kreuzzug gegen die neue Freireiche und ihre Bekämpfer gemacht werden, gegen jene verruchte Lehre, die wider das von Gott und der Kirche geheiligte Privateigentum hetzte!

So wie in alten Tagen aus heidnischer Vergangenheit vorerst von weit und breit die wilden Ritter zusammenkamen, menschenfressende bayerischen Hakenkreuzlerpulsch stammen, welche die Geschichte dieser vier Jahre zu einer so traurigen machen. Würde das völkische Bürgergertum bei den kommenden Wahlen siegen, dann müßte das Unheil über Deutschland erst recht hereinbrechen. Im Hitlerprozeß kann man sehen, daß auch nicht einer von den wirren Abenteurern des deutschen Faschismus einer Idee folgt, die einem möglichen, praktischen und erreichbaren Ziel entgegenführt. Eine Regierung, gebildet aus einer Mehrheit von völkischen, Deutschnationalen und Kommunisten ist ein Ding der Unmöglichkeit, denn sie würde das Reich aus einer Katastrophe in die andere führen. Die soziale Reaktion würde weit über das heutige Maß hinaussteigen. Außenpolitisch müßte aber ein Anwachsen der Rechtsradikalen für Deutschland geradezu zum Verhängnis führen. Nichts könnte die moralischen Eroberungen im Ausland, die Deutschland wie einen Bissen Brot braucht, um wieder Vertrauen, Achtung und Sympathien zu gewinnen, gründlicher zerstören, als ein Sieg der nationalistischen Bankrotteure, deren tolles Nebenschlagerei schon jetzt das schwerste Hindernis dafür bildet, das sich gegen Deutschlands Bedrückung durch den französischen Imperialismus im Ausland mehr als ein stilles Gefühl des Mitleids regt. Die Hitler, Ludendorff, Helfferich und Hergt, sie sorgten dafür, daß das Gefühl überall lebendig blieb, der deutsche Imperialismus würde es, wenn er könnte, nicht anders machen, wie es der französische tut.

So steht das deutsche Volk vor einer großen Schicksalsentscheidung. Unsere deutschen Genossen gehen in den Kampf, von dem sie wissen, daß er ein harter werden wird, mit ungebrochenem Mute. Die Sympathien der sozialdemokratischen Arbeiter aller Länder werden sie begleiten. Sie wissen, daß in der Schlacht, die in Deutschland geschlagen werden wird, zu einem großen Teile auch ihr Schicksal mitentschieden werden wird!

Drohen zu töten, so einte sich alles, was noch wahrhaft deutsch, christlich und heldisch denkt und fühlt, um gemeinsam den Kampf aufzunehmen wider den Eindwurm Marxismus und ihn womöglich zu erschlagen!

Ja, es war ein gar fröhlicher Krieg, in dem auch auf ausgiebige Verwendung von Stinkbomben nicht verzichtet wurde! Aber — Aber der Eindwurm ist noch immer nicht erschlagen!

Der Marxismus ist immer noch lebendig! Javor wurden ihm in mancher Schlacht Niederlagen bereitet. In Ost-Ungarn wurde mancher Marxist gefangen, mancher auf sinnvolle Art langsam in eine marxismusfreie andere Welt befördert. — aber ist deshalb etwa der Marxismus in Ungarn ausgerottet? Ach, er scheint sich in letzter Zeit sogar unheimlich rasch zu erholen! Und die doch so gus-christliche, wenn auch wegen unlenkbarer mongolischer Abstammung leider nicht auch so gut-artige Regierung wagt nicht mehr, ihm mit den stärksten Mitteln zu Leibe zu gehen. Sie braucht Geld von Staaten, in denen Marxisten sogar mit in der Regierung sitzen! Und in Italien? Mussolini selber ein bekämpfter Marxist, hat aller Welt gezeigt, daß dem Rinzinso, der Postkade, dem Messer, dem Revolver und dem Feuer auch der jüdische Marxist nicht widerstehen kann. — aber es gibt noch immer auch im gelobten Lande Mussolinis Marxisen und Marxismus! Und auf deutschem Boden, wo der Kampf wider das Weisgott mit dem heillosen Eifer, mit dem größten Aufwand an Ideenschweiß und Wortgehirn geführt wurde — weansfisch auch hier die menschlich-deutsche Tat des Reiches nicht verfehlt wurde, — auf deutschem Boden ist das Ergebnis des heiligen Krieges noch viel häßlicher.

Gewiß, mit Gottes und der Reichwehr Hilfe wurden bei den Wahlen in Sachsen und Thüringen die Marxisten geschlagen. Aber vernichtet? Nein! Die marxistische Presse hat in Deutschland in den ersten drei Monaten dieses Jahres 300.000 neue Abonnenten gewonnen! Der Marxismus kräftigt sich wieder!

Es ist nicht anders auf sudendeutschem Boden. Bei den Gemeindevahlen wurden den Marxisten Mandate abgenommen. Ja, aber sie sind noch immer die stärkste Partei! Sind sie denn nicht unzerstörbar? Was erklärt diese Unsterblichkeit des Marxismus?

Nein, sie sind nicht unzerstörbar, die Marxisten! Und in Wahrheit unsterblich ist die Idee, der sie anhängen, denn sie ist die Lehre vom Leben des Arbeiters und von seiner Stellung in der Gesellschaft. Sie ist Spiegelbild des Leidens und des Wollens der Arbeiter, des aus ihrem Leiden immer wieder neu geborenen Wollens nach Erlösung. Sie ist das lebendige Denken der Arbeiter, sie ist darum auch Werkzeug ihrer Erlösung, der Selbsterlösung, ist Waffe in ihrem Bestrengungskampfe und darum unzerstörlich, immer wiederkehrend, so lange es Proletariat gibt.

Ja, die Soldaten der Antimarkisten können, Zeiten wirtschaftlicher Ohnmacht der Arbeiter ausnützend, manchmal die Arbeiter entmütigen, ihnen den Glauben an sich selber nehmen und so den Marxismus zurückdrängen. Unternehmerrbrutalität und staatliche Gewalt können gelegentlich Organisations der Arbeiter zerstören, marxistische Führer „unschädlich“ machen und damit schafft sich der Kapitalismus gewiß eine Atempause, er braucht einige Zeit, die Angriffe des Marxismus nicht mehr zu fürchten. Aber nur eine Atempause ist das! Denn wieder und wieder stößt der Marxismus gegen ihn vor . . .

Denn daß der Marxismus da und dort zurückgedrängt werden konnte, wie seine Gegner so jubelnd verkünden, — was bedeutet das für die Arbeiter? Daß ihre Lebenshaltung sich verschlechtert hat, daß ihre Kampffront geschwächt und damit der Glaube an die Sieghaftigkeit ihres Wollens verblasst ist. Daß Unternehmer und Polizei und Gendarmerie und Richter, daß die Vertreter des Bürgerturns in den Gemeinden und im Parlamente nun wieder rücksichtslos, die Stunde nützend, die

Arbeiter auf allen Gebieten, auf denen sie ein Stück vorwärts marschieren, zurückdrängen versuchen. Daß nun den Arbeitern wieder Sinad-gestohlen werden in die tiefsten Schrecken menschlichen Elends droht. Und da beginnen sich die Arbeiter wieder zu rühren. Da dünnen sie sich wieder auf. Es wächst ihr Widerstand. Nicht in die Tiefe! Wir wollen aufwärts!

Jeder „Seg über den Marxismus“ führt schließlich die Arbeiter wieder zu marxistischem Denken. Die „Sieger“ benehmen sich immer so, daß die Arbeiter sich wieder dem Marxismus zuwenden müssen. Sie zwingen ihnen marxistische Erkenntnisse auf. Sie zeigen ihnen, daß es für die Arbeiter bei Strafe ihres Unterganges nichts anderes gibt als festen, unauflöslichen, unermüdeten Kampf gegen das Unternehmertum, Kampf gegen jene gesellschaftliche Ordnung, die auf dem Vorrechte des Besitzes aufbaut ist, — Klassenkampf! Der Marxismus ist die Lehre vom Klassenkampf der Arbeiter!

Schon sind die Kapitalisten, die in den letzten Monaten manchen Erfolg über die Arbeiter erzielen konnten, am Werke, jene Arbeiter, die sich von Unternehmerrterror und eigener Schwäche aus den sozialdemokratischen Organisationen drängen ließen, wieder zur Klassenkenntnis zurückzuführen. Schon sorgen die „Sieger“ in den Gemeinden dafür, daß die Arbeiter sich wieder auf sich selbst, auf ihre gesellschaftliche Stellung, auf ihre Klassenaufgaben besinnen.

Unser Reihen beginnen sich wieder zu füllen. Unsere Organisationen wachsen. Neue Leser greifen noch unseren Zeitungen. Diese Zeit proletarischer Selbstbestimmung, des Wiedereinnehmens proletarischen Kraftbewußtseins wollen wir nützen.

Wo in den Arbeitern, die der Kapitalismus wieder verfallen will, der Funke der Empörung aufspritzt, dort wollen wir ihn schüren zu lodender Flamme!

Wo Trost sich zu regen beginnt, dort wollen wir ihn stärken!

Wo Arbeiter grübeln über den Wdesinn der „Ordnung“, die sie für immer auf die Nachseite des Lebens stellen will, dort wollen wir aufklären, — mit unseren Schriften, mit unseren Worten!

In die empfänglich gewordenen Seelen wollen wir die Saat marxistischer Erkenntnis senken!

Und die Kampfschloffen, die zum Widerstand gegen den Kapitalismus bereiten, die Wollenden und Strebenden werden wir einweisen in unsere Kampforganisationen.

Wir wollen werden!

Die Woche vom 23. bis 30. März ist Werbewoche!

Neue Mitglieder für die Partei, neue Leser für unsere Zeitungen gilt es zu gewinnen.

Und das heißt:

Neue Hoffnungen über entzündet in den Herzen Verzweifelter.

Neuen Mut entfachen in den Seelen Verzogender.

Neue Kämpfe rüsten wider die alten Feinde unserer Klasse.

Wer, dem der Sozialismus Lebensinhalt, dem er Ziel und Sinn seines Strebens geworden, — wer unserer Vertrauensleute möchte bei solcher Arbeit fehlen?

Sie glauben, den Marxismus bestreiten zu können, jene Narren und Heuchler, die aus ihm ein Gespenst machen, damit den Kindern der Politik das Gruseln beizubringen. — Wohl, wir wollen ihnen zeigen, was der Sozialismus ist, wir wollen sie lehren, was Marxisten können!

Wir werden für den Sozialismus, für die Partei des Marxismus, die Sozialdemokratie!

Wir sammeln neue Heere zu neuen Kämpfen! Wir wollen vorerst einmal so recht nach Herzlust lachen über das lautgeschäftige Treiben der bunten Schaar der Antimarkisten, über ihr Haß- und „Sieges“-Geschrei, über ihre Flüche und Prophezeiungen, über das Harbengeschrei der Schwarzweihen - Schwarzrosen - Schwarzgelb-Schwarzen-Grünen Einheitsfront, — und dann wollen wir ans Werk gehen.

An die Verbearbeit, an die Arbeit für die Sozialdemokratie!

Inland.

Zur „Sanierung“ der Gemeindefinanzen

Wie die Regierung den Gemeinden behilflich ist, ihre Einnahmen zu stärken, zeigt die Herausgabe der Mustervorschriften über die Plakatierungsabgabe. Im § 2 der Vorschriften werden die Höchstätze bekanntgegeben, die die Gemeinden einheben dürfen. Es heißt dort, daß die Gemeinden für ein Plakat im Ausmaße von 4000 Quadratcentimeter den Betrag von 50 Heller pro Stück auf die Dauer von längstens vier Wochen verlangen können. Das genannte Ausmaß entspricht der Größe eines Medianplakates. Solche Plakate werden von den meisten Veranstaltern und Geschäftsleuten zu ihren Ankündigungen benützt. Außer dem genannten Betrag dürfen nur noch die Regiekosten der Plakatierung eingehoben werden, die der Gemeinde kein Erträgnis abwerfen. Wenn nun eine Gemeinde beispielsweise sieben Plakatierungsstellen besitzt, wie es in den meisten größeren Ortschaften üblich ist und diese Tafeln eine Höchstflächgröße von vier Quadratmetern besitzen, so können darauf 10 Stück der genannten Plakate aufgestellt werden. Wenn nun mehrere Vereine am Ende eines Monats ihre Veranstaltungen haben, so können diese schon am 1. des Monats plakatiert werden, wofür ein Verein siebenmal 50 Heller, das sind 3 Kronen 50 Heller für einen ganzen Monat zahl. Wenn dann noch einige auswärtige Vereine oder Geschäftsleute ebenfalls plakatierten oder zufällig am gleichen Tage ihre Veranstaltungen haben, so kann während vier Wochen niemand mehr ein Plakat anschlagen lassen. Es ist ja Tatsache, daß in den Landgemeinden Geschäftsleute weniger anschlagen lassen und zumeist nur Gastwirte und Vereine ihre Veranstaltungen plakatierten.

Die Gemeinde Weiskirch bei Tepliz — auf die das Gesagte vollständig zutrifft — hat nun eine Anfrage an den Landesverwaltungs-schutz gerichtet, ob die Verrechnung des Stückpreises pro Tag Gültigkeit habe. Die Gemeinde wurde belehrt, daß dem nicht so sei, sondern daß der Preis für die Dauer von einem Tage bis vier Wochen gilt. Bei der Fixigkeit der Gesetz- und Verordnungsfabrikation in Prag darf man sich nicht wundern, daß vor der Herausgabe solcher Vorschriften keine Berechnung über die Einnahmen einer kleineren Gemeinde nach solchen „Mustervorschriften“ vorgenommen wurde. Daß mit solchen Einnahmen keiner Gemeinde geholfen ist, bedarf wohl näheren Ausführung. Wenn die Regierungstellen in Prag so wenig Verständnis für die Einnahmen einer Gemeinde zeigen, so wundert uns dies schon nicht mehr. Wenn aber die autonome Verwaltungs-kommission eines Bezirkes, die ja die schlechte finanzielle Lage der Gemeinden kennt, in dasselbe Horn stößt, so ist dies schon schwerer zu begreifen. So schrieb die Verwaltungskommission Tepliz auf die vom Landesausschusse an die Gemeinde Weiskirch zurückgelagerte Erläuterung:

Zur dortigen Befürchtung, daß die Einnahme der Gemeinde bei Einführung des Mustertarifes zu unbedeutend sein dürfte, verwiesen wir darauf

daß nach dem in der dortigen Zuschrift vom 11. Jänner 1924 angeführten Beispiele sich bereits ein Reinertragnis von K 828.— jährlich ergibt und die Gemeinde laut des Ausweises vom 23. Oktober 1922 von der Einführung dieser Abgabe sich ein Reinertragnis von Kronen 1000.— erwartete. In den wenigsten Fällen wird die Plakatierung durch volle vier Wochen beansprucht werden und das Erträgnis dementsprechend steigen. . . .

Wir meinen, daß die Verwaltungskommission des Bezirkes nicht nur da ist, um Aufsichtsbefehle zu erteilen und von oben herab solche „wohlmeinende“ Ratschläge zu erteilen, sondern sich ganz ernstlich mit der besseren Gestaltung der Finanzen der Gemeinden zu befassen hat. Da kennt die Verwaltungskommission die Arrangements von Veranstaltungen schlecht, wenn sie glaubt, daß die Veranstalter das ihnen gebührende Recht nicht genügend ausnützen werden.

Diese Zuschrift zeigt von nicht allzu großem Verständnis und wenn man böshaft sein wollte, könnte man dies als Froszerei auffassen. Wenn sich der Schöpfer dieses Erlasses bei der Gemeinde seinen Lebensunterhalt verdienen müßte und auf ein solches „Reinertragnis“ angewiesen wäre, würde er wohl zu anderer Ansicht kommen.

Es wird höchste Zeit, daß in den Verwaltungskommissionen, wo solche verknöcherte bürokratische Ansichten vorherrschen, endlich ein neuer Geist einzieht. Wir setzen nun unsere Hoffnung auf die Neuzusammensetzung der Verwaltungskommissionen, die durch geeignete Beschlüsse den Jopf und den alten Geist aus ihren Räumern vertreiben müssen.

Die ver. oiene Märzfeier in Sternberg.

Wir haben bereits berichtet, daß der Märzfeier in Sternberg von dortigen Legionären und Nationaldemokraten die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, welche die Feier hindertreiben wollten und in einigen Zeitungen die Tschachen der Umgebung für den 9. März, an welchem Tage der Zug zum Grabe der Märzgefallenen veranstaltet werden sollte, aufforderten, nach Sternberg zu kommen und sich an dem tschachischen Gedenktage zu beteiligen. Wie bereits mitgeteilt, wurde dann auch sowohl der sozialdemokratische Zug als auch der deutschbürgerliche verboten. Ferner wurden die Veranstalter verständigt, daß die Referenten der Märzfeier vorher ihre Rede im Konzept der Behörde vorlegen müssen. Das „freimüthige“ deutsche Bürgertum wählte sich als Gedenkredner einen Merkalein, den Obmann des katholischen Volksvereines, Willner, aus, die Sozialdemokraten bestellten den Genossen Hieronimus Schloßnigel zu ihrem Referenten. Während aber die Vorgesur die Rede des Merkalein passieren ließ, wurde von ihr die sozialdemokratische Rede im Konzept von der ersten bis zur letzten Zeile konfisziiert. Nicht genug damit, wurde auch das Tragen von Abzeichen und von roten Ketten am Gedenktag verboten, und zwar nach dem Gesetz vom 15. November 1867. Der Einberufer der sozialdemokratischen Gedenkfeier, der sozialdemokratische Wahlverein „Freiheit“, erstattet nämlich folgende Zuschrift:

„Der sozialdemokratische Wahlverein hat hier die Abhaltung einer Trauerfeier für die im März 1919 Gefallenen für den 9. März l. J. angemeldet und um Bewilligung zur Abhaltung der Feierlichkeit nach vorgelegtem Muster angefragt. Diefem Ansuchen noch nicht zur Gänze stattgegeben werden und wird der Umzug vom Arbeiterheime in Sternberg auf den städtischen Friedhof, sowie die Benutzung von Fahnen und Abzeichen im Sinne des Gesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. 126, mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit verboten. Die hier angeführte Gedenkrede des Herren Hieron. Schloßnigel nach vorgelegtem An-

Heldentum.

Aus „Die Mutter“ von Gorki.

Die Mutter, deren Sohn von den zaristischen Richtern zur Verbannung nach Sibirien verurteilt worden ist, wird von Kriminalbeamten und Gendarmen verfolgt, als sie die letzte Rede ihres Sohnes, die er vor Gericht der Anklage gegenüber gehalten hat, auf Flugblättern gedruckt, verbreiten hilft, und soll nun verhaftet werden

„ . . . Ich bin keine Diebin. Du läugst!“ rief sie aus voller Brust, und alles vor ihr drehte sich im Wirbel ihrer Empörung, die das Herz mit bitterer Kränkung trunken machte. Sie riß den Koffer an sich, und er öffnete sich.

„Da sch!l! Zeht alle her!“ schrie sie, aufstehend, und schwenkte ein Paket herausgerissener Flugblätter über dem Kopf. Durch den Lärm in ihren Ohren hörte sie Ausrufe der herbeiläufigen Menschen und sah, daß sie schnell von allen Seiten tiefen.

„Was ist los?“

„Da, ein Geheimholzigst . . .“

„Was?“

„Sagt, sie hat gestohlen . . .“

„Die da?“

„Und da schreit sie . . .“

„Eine so ehrwürdige Frau . . . ach, ach, ach!“

„Wen haben sie da gefaßt?“

„Ich bin keine Diebin!“ sagte die Mutter mit voller Stimme, aber beim Anblick der Leute, die sie von allen Seiten eng umringelten, etwas ruhiger. „Western haben sie Politische verurteilt, da

war mein Sohn da! — Wlassow. Er hat eine Rede gehalten — da ist sie! Ich bringe sie den Leuten, damit sie sie lesen und über die Wahrheit nachdenken . . .“

Jemand zog vorstichtig die Blätter aus ihrer Hand; sie schwenkte sie in der Luft und warf sie in die Menge.

„Das wird ihr nichts Gutes einbringen!“ rief jemand mit furchtbarer Stimme.

„Dafür gibt es — o — o — o!“ erwiderte ein anderer.

Die Mutter sah, daß man nach den Zetteln griff, sie im Busen und in Tasche barg; das brachte sie wieder fest auf die Füße. Sie riß ruhiger und stärker die Papierpacken aus dem Koffer, verteilte sie nach rechts und links, in irgend welche geschwinden fliegenden Hände, und sagte:

„Wofür man meinen Sohn und alle, die mit ihm waren, verurteilt, wißt ihr das? Ich will es euch sagen, und ihr müßt dem Herzen einer Mutter und ihren grauen Haaren glauben. Bestern sind Menschen dafür verurteilt, daß sie euch, allen Leuten die rechtschaffene, heilige Wahrheit bringen! Bestern habe ich erfahren, daß diese Wahrheit nicht zu besiegen ist . . . niemand kann mit ihr streiten, niemand!“

Der Menschenhaufe schweig. wuchs an, wurde immer fester, dichter, umgab das Weib mit einem Ring von lebenden Körpern. „Armut, Hunger und Krankheit, das verschafft den Leuten ihre Arbeit. Alles ist gegen uns arme — wir bringen unser ganzes Leben für Tag in Arbeit hin und verreden schließlich in Schmutz, Zug und Trug. Durch unsere Arbeit aber amüsieren sich andere und überfressen sich . . . Man hält uns wie Quide an der Kette in Unwissenheit — wir

wissen nichts! — und in Furcht — wir haben vor allem Angst! Nacht ist unser Leben, dunkle Nacht! Ein schrecklicher Traum ist sie . . . Ist das nicht richtig?“

„Jawohl!“ tönte es dumpf als Antwort.

„Stoßt ihr den Hals!“

Hinter der Menge bemerkte die Mutter den Spion und zwei Gendarme, und sie beeilte sich, die letzten Packen wegzugeben. Aber als ihre Hand in den Koffer sich senkte, traf sie dort eine fremde.

„Nehmt, nehmt alles!“ . . . sagte sie, sich niederbeugend.

„Um dieses Leben zu ändern, um alle Menschen zu befreien, sie von den Toten aufzuwecken, wie ich auferweckt bin, sind schon Leute, Kinder Gottes, ausgezogen, heimlich die heilige Wahrheit in das Leben zu säen. Heimlich, weil, wie ihr wißt, niemand die Wahrheit laut sagen kann, weil sie sonst geheht, zertreten, in die Gefängnisse gesperrt, verstümmelt werden. Für die Macht der Reichen ist die Wahrheit des Lebens ein verfluchter Feind, ein stets unversöhnlicher. Uns aber befreit sie von der Bedrückung durch gierige Menschen und durch alle, die ihnen ihre Seele verkauft haben. Glaub! das!“

„Bravo, Alle!“ rief man ihr zu. Jemand lachte.

„Geht auseinander!“ schrien die Gendarmen und drängten die Leute beiseite. Sie wichen unwillig zurück, bedrückten die Gendarmen durch ihre Masse und hinderten sie, vielleicht, ohne es zu wollen. Das graue Weib mit den großen ehrlichen Augen im guten Gesicht zog sie mächtig an. Im Leben waren sie getrennt und von einander losgerissen, aber jetzt vereinigten sie sich zu einem Ganzen, das vom Feuer des Wortes erwärmt

wurde, das vielleicht viele durch die Ungerechtigkeit des Lebens gekränkte Herzen längst gesucht und ersehnt hatten. Die Nächststehenden schwiegen, die Mutter sah ihre gierig aufmerksamen Augen und fühlte in ihrem Gesicht ihren warmen Atem.

„Trich auf die Bank,“ sagte man ihr.

„Geht fort, Alle!“

„Gleich nehmen sie sie mit!“

„Ist die aber frech . . .“

„Sprich schnell, sie kommen!“

„Fort, geht auseinander!“ ertönten die Schreie der Gendarme, immer näher. Es waren ihrer schon mehr; sie stießen kräftig, und die Leute vor der Mutter schwankten auf den Füßen und griffen nacheinander, um sich zu halten.

Es war ihr, als wenn alles um sie herumwogte, als wenn alle bereit wären, es zu verstehen, ihr zu glauben, und sie wollte geschwind den Leuten alles sagen, was sie wußte, alle Gedanken, deren Kraft sie fühlte. Diese tauchten leicht aus der Tiefe ihres Herzens hervor und fügten sich zu einem Bied zusammen, aber sie fühlte beschämt, daß ihre Stimme nicht reichte, daß sie heiser wurde, zitterte, überbrang.

„Das Wort meines Sohnes ist das reine Wort eines Arbeitsmannes, eines unbestechlichen Herzens! Lernt die Unbestechlichen kennen, sie sind unerschrocken und gehen selbst zu ihrem Schanden, wenn das nötig ist, der Wahrheit entgegen!“

Ein paar Augen blickten ihr voll Entzücken und Furcht ins Gesicht.

Man stieß sie vor die Brust, sie schwankte und setzte sich auf die Bank. Ueber den Köpfen der Leute erschienen die Hände der Gendarmen; sie griffen nach den Kragen und Schultern, warfen Körper beiseite, rissen Rücken herunter und schleu-

trag wird jedoch mit Rücksicht auf die Bestimmungen des § 14, Absatz 1 und 3 des Gesetzes vom 19. März 1923 Zahl 50 verboten, weil durch diese Rede, welche vorwiegend politischen als pietätvollen Charakter hat, Anlaß zur Störung der öffentlichen Ruhe gegeben werden könnte.

Durch diese einzigartige Verfügung blieb also von der heutigen Sternberger sozialdemokratischen Märzfeier nichts übrig als ein loser Zug von Teilnehmern zum Grabe und der Niedergang. Genosse Schlognigel mußte sich darauf beschränken, mitzuteilen, daß er nicht reden dürfe.

Der Behörde ist es zwar gelungen, eine würdige Märzfeier zu verhindern, nicht verhindern kann sie aber, daß sich die sozialdemokratischen Arbeiter ihren Reim auf diese Verfügung und auf die in diesem Lande herrschenden Zustände machen.

Weitere Gemeindevahl-Ergebnisse vom Sonntag.

Am letzten Sonntag fanden unter anderem noch Gemeindevahlen in Raaden statt, die folgendes Ergebnis hatten: von 5200 abgegebenen Stimmen erhielten die deutschen Christlichsozialen zusammen mit dem Bund der Landwirte 1060 Stimmen (8 Mandate), die Gewerbegruppe der deutschnationalen Partei 645 (5), die Selbstbetriebsgruppe dieser Partei ebenfalls 645 (5), die deutschen Nationalsozialisten 766 (6), die Deutschdemokraten 157 (1), die deutschen Sozialdemokraten 105 (0), die Kommunisten 1150 (9) und die vereinigten tschechischen Parteien 314 und 2 Mandate. In Raaden, wo die deutsche sozialistische Arbeiterpartei im Jahre 1919 16 Mandate von 36 erhielt, ist es, wie bekannt und wie ja auch dieses Wahlergebnis zeigt, den Kommunisten gelungen, die sozialdemokratische Bewegung zu zerstören, ohne daß deren Wiederaufbau bis heute möglich gewesen wäre. Von 16 sozialistischen Mandaten sind neun übrig geblieben, die sich im kommunistischen Besitz befinden; in den Rest von sieben Mandaten teilen sich die deutschen Nationalsozialisten, die im Jahre 1919 nur drei Mandate hatten und jetzt sechs besitzen, und die Christlichsozialen. Die sozialdemokratische Niederlage erklärt sich weiters aus der schändlichen Hezge, die die Kommunisten gegen unsere Partei in Raaden entfaltet hatten. Den Arbeitern wurden von den Kommunisten die sozialdemokratischen Wahlausweise entzogen, sie vernichteten unsere Plakate und bemächtigten sich in Betrieben der Flugzettel unserer Partei. Auf den kommunistischen Wahlausweisen, die im letzten Augenblick noch verbreitet wurden, stand bloß: „Arbeiter und Arbeiterinnen, wählet die Liste 5!“, ohne daß die kommunistische Partei genannt worden wäre. Noch am Mittwoch sprengten sie eine sozialdemokratische Wählerversammlung. Die Deutschbürgerlichen wiederum gaben sich in ihrer bekannten demagogischen Weise als die alleinigen und echten Hüter des Deutschtums aus, indem sie auf ihre Weise die Tatsache ausroteten, daß die deutschen Sozialdemokraten es abgelehnt hatten, mit ihnen zu koppeln. Es versteht sich am Rande, daß die Kommunisten das Raadener Wahlgebiet als ihren Erfolg buchen werden, während am 9. März in Raaden tatsächlich das deutsche Bürgerturn einen Sieg über die sozialistische Arbeiterpartei erringen hat, die dank der Spaltungstätigkeit der Kommunisten fast um die Hälfte geschwächt wurde. Unsere Raadener Genossen werden die Wahlniederlage zum Anlaß nehmen und mit noch größerer Kraft als bisher den kommunistischen Methoden sich entgegenzustellen.

Einen schönen Erfolg hatte die deutsche Sozialdemokratie am letzten Sonntag bei den Gemeindevahlen in Sonnenberg im Bezirke Gaida. Auf unsere Liste wurden 131, auf die des Bundes der Landwirte (Wahlgemeinschaft) 118 Stimmen

derten sie weit fort. Alles wurde schwarz, schwankte in den Augen der Mutter, aber sie bezwang ihre Müdigkeit und schrie mit dem Ueberbleibsel ihrer Kraft weiter:

„Vereinigt eure Kräfte zu einer Kraft!“
Ein großer Gendarm packte sie mit seiner roten Hand an dem Kragen und schüttelte sie.
„Dalls Maul!“
Sie schlug mit dem Hinterkopf gegen die Wand. Ihr Herz wurde einem Augenblick vom wühenden Rauch der Furcht umfangen, dann flammte es wieder, den Rauch zerteilend, hell auf.
„Geh!“ sagte der Gendarm.
Fürchtet nichts! Es gibt keine Qualen, die schlimmer sind als die, die ihr das ganze Leben lang erträgt.“
„Maul halten, sage ich!“ Der Gendarm faßte sie unter den Arm und zog sie fort. Ein anderer ergriff ihren zweiten Arm, beide führten sie mit festen Schritten fort.
„Es gibt keine Qual, die bitterer ist als die, die das Herz jeden Tag still einschließt und die die Brust eintrocknet.“
Der Spion kam vorgelaufen, drohte ihr mit der Faust ins Gesicht und winkelte:
„Maul halten, du Paß!“
Ihre Augen wurden größer, blühten, ihre Ainalde zitterte. Sie stemmte die Füße auf den glatten Steinfußboden und schrie mit der Aufbichtung ihrer letzten Kräfte:
„Eine Seele, die aufgestanden ist, kann man nicht töten.“
„Du Hund!“
Der Spion schlug sie mit einer kurzen Handbewegung ins Gesicht.
„Da hat das alte Luder einen,“ ertönte ein schadenfroher Ruf.

Er mordung des Tümmiker Stadtarztes

Die Tat eines Geistesgekränkten?

Tümm, 11. März. Eine grauenerregende Mordtat hält seit heute früh die Bevölkerung der Stadt (Tümm ist eine Nachbargemeinde von Luslig. Ann. der Red.) in Aufregung. In der Zeit von 8 bis 9 Uhr früh in seinem Ordinationszimmer in der Schillerstraße Nr. 233 der 66jährige Stadtarzt Dr. Anton Quocka — ein allgemein beliebter und geachteter Arzt — ermordet aufgefunden worden. Dr. Quocka befand sich seit 1/8 Uhr in seinem Ordinationszimmer. Um 1/9 Uhr kamen in das Wartezimmer einige Patienten, die dann vergeblich warteten. Als Dr. Quocka nach 9 Uhr noch immer nicht erschien, entfernten sich die Patienten wieder. Kaum waren sie nun einige Schritte vom Hause entfernt, als die Tochter des Arztes mit Schreidensrufen aus der Haustür heraussprang. Die Patienten liefen sofort in die Wohnung zurück und fanden dort Quocka in seinem Ordinationszimmer mit zertrümmertem Schädeldecke in einer Blutlache liegen. Gegen den Kopf des Ermordeten waren mit der Leuchte des Operationsstuhles fünf Siebe geführt worden, die alle tödlich gewirkt haben müssen, da die Schädeldecke an einigen Stellen zertrümmert wurde. Nach Bekanntwerden der Tat bemächtigte sich der Bevölkerung von Tümm eine große Erregung und viele Neugierige, die die Tat leb-

haft besprachen, sammelten sich in der Schillerstraße an. In den Vormittagsstunden wurde als der Tat dringend verdächtig der tschechische Bergarbeiter Josef Krüger auf dem Bahnhof in Tümm verhaftet. Die Verhaftung erfolgte auf Grund einer Reihe von Indizienbeweisen. Auf Krügers Rock fand man zahlreiche Blutspuren, über deren Ursprung Krüger jede Auskunft verweigert. Weiter wurde ein auf seinen Namen lautendes, gleichfalls mit Blut bespritztes Krankentassenbuch auf dem Schreibtisch im Ordinationszimmer des Ermordeten gefunden. (Dr. Quocka war auch Krankentassenarzt.) Polizeihunde, die man aus Tümm herbeigebracht hatte, nahmen am Tatort die Spur auf und verfolgten sie bis zum Bahnhof, wo kurz vorher Krüger verhaftet wurde. Krüger, der bereits mehrmals Anfälle von Wahnsinn bekam, scheint die Tat in einem solchen Anfall begangen zu haben. Auch heute bekam er in der Polizeizelle einen Tobsuchtsanfall: er stürzte sich plötzlich in den Mittagsstunden auf das in seiner Zelle anwesende Wachorgan und konnte nur mit schwerer Mühe überwältigt werden. Trotzdem Krüger andauernd leugnet, wird er dem Gerichte eingeliefert werden. Die Polizei setzt die Nachforschungen fort.

abgegeben. Auf jede der beiden Listen entfielen sechs Mandate. Bei der Wahl am 6. September 1923, welche auf den Protest der Bürgerlichen hin annulliert wurde, hatten die Sozialdemokraten nur 93 Stimmen und 4 Mandate erhalten, während den Landwirten 159 Stimmen und 8 Mandate zufielen.

In Kreibitz, Bezirk Warnsdorf, erhielten bei den sonntägigen Wahlen die Sozialdemokraten 211 Stimmen und 4 Mandate, die deutschbürgerliche Liste 680 Stimmen und 14 Mandate (gegen 13 im Vorjahre), die Tschechen 45 Stimmen und 1 Mandat.

In Groß-Wisternitz bei Otmütz erhielten die tschechischen Sozialdemokraten 9, die tschechische Volkspartei 5, die tschechische Gewerbepartei 3, die tschechische Häusler- und Bauernpartei 4 und die Kommunisten 1 Mandat. Die deutsche Minoritätsliste errang 3 Mandate.

Spiritus- und Knopffaffäre.

Die Koalition hat sich in Marienbad bekanntlich dahin geeinigt, die Enthüllungen über die Spirituskorruption durch einen Angriff gegen den durch seine opportunistische Politik im alten Oesterreich geschmähten Smeral zu parieren: sie hoffte so die Spiritusaffäre zu überschatten und auf ein Nebengeleise zu schieben. Das gelang ihr auch! Dr. Smeral folgt der Koalition insofern auf der von ihr vorgezeichneten Linie, als er die gegen ihn vom „Ceste Slovo“ aus der Dunkelkammer ausgehenden Dokumente mit einer Reihe von Artikeln beantwortet, in denen er mit der Spiritusaffäre nicht zusammenhängende Beschuldigungen gegen die tschechischen Sozialdemokraten erhebt. So hat Smeral die Spiritusaffäre zu einem Streit über die längst vergilbte „Knopffaffäre“ gewandelt.

Gestern jagt Smeral im „Rude Pravo“ etwa folgendes: Am 15. Oktober 1915 kam in die Redaktion des „Pravo Lidu“ ein Fremder, der mit Dr. Soukup zu sprechen wünschte. Anwesend waren Skatula und der heutige Minister

Etwas Schwarzes und Rotes blendete eine Sekunde die Augen der Mutter. Salziger Blutgeschmack erfüllte ihren Mund.

Vereinzelt laute Jurise belebten sie.
„Untersteh dich nicht, sie zu schlagen!“
„Kinder!“
„Was ist du frecher Lump!“
„Dau ihn!“
„Man kann nicht die Vernunft in Blut erstickern!“
Man stieß sie gegen den Hals, den Rücken, man schlug sie gegen die Schulter, an den Kopf. Alles drehte sich im Kreise, wirbelte im Geschei, Gehel und Pfeifen dunkel durcheinander, etwas Dichtes, Betäubendes kroch ins Ohr, drang in die Kehle und würgte sie. Der Fußboden brach unter ihren Füßen, schaukelte, die Beine bogen sich, der Körper zitterte in brennenden Schmerzen, wurde schwerer und schwankte kraftlos hin und her. . . . Aber ihre Augen erloschen nicht und sahen viele andere Augen, die in einem ihr bekannten fernen Feuer brannten — einem Feuer, das ihrem Herzen nahe war.
Man stieß sie irgendwohin in eine Tür.
Sie riß die Hand los und klammerte sich an den Türpfosten.
„Sogar mit einem Meer von Blut löst man die Wahrheit nicht aus. . .“
Man schlug sie auf die Hand.
„Ihr häuft nur Mut auf, ihr Wahnsinnigen! Die fällt auf euch zurück!“
Der Gendarm packte sie am Hals und begann sie zu würgen.
Sie rächelte.
„Ihr Unglücklichen. . .“
Jemand antwortete ihr mit lautem Schluchzen. . . .

Srba, der mit dem Fremden die Unterredung führte. Dr. Soukup war gerade in Kolin und so wurde der Fremde, der irgend welche „Angelegenheiten aus der Schweiz“ ausrichten wollte, auf den nächsten Tag vertröstet. Dr. Soukup, der nach seiner Rückkehr benachrichtigt wurde, fand die Sache verdächtig. Mit dem Polizeikommissar Klimma, der die tschechischen politischen Parteibeauftragten, lebte man auf Kriegsfuß, da man allgemein der Anschauung war, daß Klima Agent provocateur sei. Dr. Soukup wurde überdies von geheimen Polizisten bewacht. Man glaubte demnach Grund zur Annahme zu haben, daß die Polizei trachte, Dr. Soukup ein hochverräterisches Dokument in die Hände zu spielen, es dann bei einer Hausdurchsuchung zu „finden“ und dann dem Besitzer wegen Unterlassung der Anzeige den Prozeß zu machen. Dr. Soukup empfing am nächsten Tage zur festgesetzten Stunde den Unbekannten, der sich als Mareš, Diener bei der Firma Masar, vorstellte. Dr. Soukup gewann den Eindruck, daß es sich um eine Falle handle, und wies Mareš in Gegenwart seines Konzipienten ab. Am nächsten Tag zog Dr. Soukup über Mareš beim Chef der Firma Erkundigungen ein, hielt Beratungen in dieser Angelegenheit mit tschechischen Politikern, darunter mit dem heutigen Ministerpräsidenten Svehla und Dr. Samal ab und sagte gegen die bessere Ueberzeugung Doktor Smerals, der vor Uebereithheit warnte, den Entschluß, selbst die Anzeige zu erstatten, um die Absichten der Polizei zu durchkreuzen. Dies geschah auch. Später stellte sich allerdings heraus, daß die Sache übereilt gewesen war. Es folgten die Verhaftungen Mareš, der Frau Linhart, Hajek, C. Duzek und schließlich auch Soukups. Der große Hochverratsprozeß war schon in allen Details vorbereitet, da wurde er durch die allgemeine Amnestie liquidiert.

Was das vom „Ceste Slovo“ gegen Smeral angeblich zugehende Dokument betrifft, führt Smeral aus, daß dieser Brief mit der Knopffaffäre wohl in Zusammenhang stehe, aber in einem anderen Sinne. Die Verteidigung des verhafteten Dr. Soukup bemühte sich zu beweisen, daß sich bei der Politik der tschechischen Sozialdemokratie kein Hochverrat voraussetzen lasse. Soukup selbst schlug eine ganze Reihe von Zeugen vor, um diese Ausführungen zu erhärten. Dr. Smeral distanzierte aus diesem Grunde Material zu sammeln, um Soukups Verteidigung zu unterstützen.

Ein neues „Geschäft“ der tschechischen Nationalsozialisten.

Die tschechoslowakische Regierung hat im Auslande ungefähr 100.000 Stück amerikanischer Arbeitsanzüge aus Mobilisierungsvorräten zum Preise von 200 Kronen pro Garnitur angekauft. Es handelt sich um Anzüge verschiedenen Ursprungs, was daraus ersichtlich ist, daß sie verschiedenfarbig (blau, braun und schwarz) sind. Es ist sehr auffallend, daß der Staat, in dem so viele Textil- und Schneidereiabfirmen unter Arbeitslosigkeit leiden, im Auslande eine solche Riesenmenge von fertigen Anzügen und dies noch zu einem offensichtlich übertriebenen Preise ankauft. Die Staatsverwaltung hat alle jene angekauften Anzüge, wie „Rude Pravo“ mitteilt, zur weiteren Ausnützung der interministeriellen Kommission übergeben, die den größten Teil hiervon der nationalsozialistischen Genossenschaftsbank zum Preise von 40 Kronen pro Garnitur verkauft hat. Für gewisse Garnituren, wo beispielsweise eine blaue Hose und eine braune Bluse vorhanden war, werden nur 35 Kronen berechnet, obwohl durch richtige Verteilung vollständige Garnituren hätten zusammengestellt werden können. Es ist also notwendig zu erheben, ob tatsächlich nicht zusammenpassende Garnituren gekauft und warum sie übernommen wurden. Durch Vermittlung der nationalsozialistischen Genossenschaftsbank wurden 10.000 Garnituren dem Eisenbahnministerium zu 45 Kronen verkauft, obwohl das Ministerium direkt von der interministeriellen Kommission zu nicht erhöhten Preisen hätte kaufen können. Herr Minister Strizbrny wird diesen komplizierten Pro-

zeß vielleicht aufklären, denn der bloße Transport aus dem Magazin der interministeriellen Kommission in das Magazin des Eisenbahnministeriums hätte ungewisselhaft weniger gekostet als die „Vermittlung“ der Genossenschaftsbank gekostet hat. Jeder kann sich leicht ausrechnen, um welche Beträge bei diesen Geschäften der Staat gekommen ist und wie viel daran die nationalsozialistische Genossenschaftsbank verdienen kann. Herr Ministerpräsident Svehla, der sich feierlich verpflichtet hat, jede Korruption zu bekämpfen, wird es gewiß nicht unterlassen, ehestens der Öffentlichkeit mitzuteilen, was er in der Sache unternommen und ob er sich um die Bestrafung der Schuldigen bekümmert hat.

Die Uebergriffe eines Gendarmen. Erfolg einer sozialdemokratischen Interpellation im Abgeordnetenhaus.

Am 29. September vorigen Jahres ereignete sich in Hassenreuth bei Eger ein Vorfall, der bei der Bevölkerung berechtigter Empörung auslöste. Einige streifende Bergarbeiter gingen mit ihren Frauen und Kindern auf das bereits abgeerntete Kartoffelfeld des Landwirtes Wilhelm in Hassenreuth, um Nacherte zu halten. Der „stramme“ deutsche Landwirt Wilhelm holte gegen die deutschen Bergarbeiter einen tschechischen Gendarmen, der kurzerhand auf die im Felde befindlichen Personen, unter denen sich, wie bereits bemerkt, auch Frauen und Kinder befanden, schoss. Nur einem Zufall war es zu danken, daß niemand verletzt wurde.

Da es unerträglich ist, daß Gendarmen ungestraft, aus der Sucht heraus, dem Eigentumsfanatismus einzelner Leute zu genügen, in so frivoler Weise Menschenleben in Gefahr bringen, richteten die Genossen Hillebrandt und Dr. Holtscher am 30. Oktober 1923 eine Interpellation an den Minister des Innern, in der verlangt wurde, daß der Uebergriff des Gendarmen streng geahndet werde.

Es liegt nun die Antwort des Innenministers Malypetr auf die Interpellation vor, in der natürlich zunächst das Vorgehen des Gendarmen zu entschuldigen versucht wird, gleichzeitig aber auch mitgeteilt wird, daß der Gendarm, „da Waffenanwendung den geltenden Vorschriften nicht entsprach“, disziplinar bestraft wurde.

Die „Internationale“ kommt mit „Enthüllungen“. Die Aufferger „Internationale“ veröffentlicht ein Rundschreiben des Direktors der Föderalmer Bezirkskrankenkasse, welches an die Krankentassenärzte gerichtet ist und die Frage der Krankentassenangelegenheiten betrifft. Das Rundschreiben ist in etwas ungeschickter Form abgefaßt, woraus die „Internationale“ ein Recht für sich abzuleiten glaubt, alle möglichen Schlüsse zu ziehen und über die Verwaltung der betreffenden Krankenkasse herzufallen. Dies beweist wieder, daß den Kommunisten niemals etwas davon gelegen ist, Erwerbslosen der Arbeiter zu schützen, sondern daß sie selber nicht Anstand nehmen, Arbeiterinstitutionen zu diskreditieren, wenn sie nur glauben, eine Möglichkeit gefunden zu haben, den Sozialdemokraten eines auszuwichen. Dabei wissen die Kommunisten aus der Erfahrung, die sie in den von ihnen verwalteten Kassen machen, sehr wohl, welche heikle Fragen da zu lösen sind und wie würden den Redakteuren der Aufferger „Internationale“ raten, einmal ihren Genossen Hannig, den Leiter der Bezirkskrankenkasse in Reichenberg und die anderen kommunistischen Direktoren von Krankentassen über deren Erfahrungen und Praxis zu befragen. Vielleicht erkundigen sie sich, die sich erdreisten, über sozialdemokratisch geleitete Krankentassen zu Gerichte zu ziehen, auch einmal bei ihrem Genossenschaftsgenossen Tschibek aus Reustadt über die Methoden, die er in der Verwaltung von Arbeiterinstitutionen angewendet hat.

Telegramme.

Die letzten Tage des Reichstages.

Berlin, 11. März. (Eigenbericht.) Der Reichstag wird morgen noch das Reichspostfinanzgesetz und das Gesetz über die Ausprägung von Silbermünzen sowie den deutschnationalen Antrag auf Neuwahl des Reichspräsidenten erledigen. Donnerstag wird das Gesetz über die Goldkreditbank erledigt, worauf voraussichtlich am Freitag die Auflösung des Reichstages erfolgen wird.

Entweder Hakenkreuz oder Grabkreuz.

Der Hakenkreuzler als Prophet.

Berlin, 11. März. Im Reichstage erklärte heute der Deutschvölkische von Graese, alle Parteien des Hauses ständen blind der Tatsache gegenüber, daß sich jetzt eine neue Staatsidee entwickele. Der Kampf gehe jetzt nur zwischen Hakenkreuz und Sowjetieren. Der Münchener Prozeß werde dem deutschen Volke die Augen öffnen: Lindendorff-Hüter oder Kahr-Losow. Das werde die Parole im Wahlkampfe sein. Deutschland werde völkisch sein oder werde es nicht sein. (Kronischer Beifall und Heilrufe links.) Damit schloß der Reichstag heute die politische Aussprache über den Notetat und vertagte sich dann auf morgen Nachmittag, wo kleinere Vorlagen behandelt und in die Spezialdebatte des Notetats eingetreten werden soll.

Die Tagung des Völkerbundes.

Genf, 11. März. Am Beginn der ersten öffentlichen Sitzung der Tagung des Völkerbundes begrüßte zunächst Vizepräsident Guan den neuen englischen Vertreter Lord Parmoor. Parmoor erklärte, daß er als Vertreter Englands und einer Regierung, deren erster Minister und Außenminister sich so oft zur Völkerbundspolitik bekannt habe, erklären dürfe, daß die Politik der englischen Regierung sich auf den Völkerbund gründe. So lange die Arbeiterpartei an der Macht sei, dürfe man sicher sein, daß England alles tun werde, um das Ansehen der Völkerbundspolitik zu erhöhen. Die überwiegende Mehrheit des englischen Volkes stehe hinter einer solchen Politik, die nur von einer kleinen Minderheit bekämpft werde. In Zukunft werden zweifellos zählbare Fragen von Weltbedeutung oder wenigstens europäischer Bedeutung geregelt werden müssen, und zu einer befriedigenden Regelung ist es sicher von größter Bedeutung, daß alle Länder, die an diesen Fragen interessiert sind, Mitglieder des Völkerbundes werden müssen. Der Völkerbund bedeutet grundförmlich Universalität, d. h. Einfluß aller interessierten Länder und nur durch seine Universalität kann man die Unparteilichkeit erzielen, die hoffentlich bald seinen Beratungen die Zustimmung und Unterstützung der zivilisierten Menschheit aller Weltteile eintragen wird.

Sodann begrüßte der Vizepräsident den Vertreter der Tschechoslowakei, Vences. Vences dankte, indem er darauf hinwies, daß in den letzten vier Jahren die Politik der Tschechoslowakei ständig auf dem Völkerbund begründet gewesen sei und das werde auch in der Zukunft der Fall sein.

Hierauf begann die Aussprache über den Ausbau der Gendarmerie im Saargebiet, wobei Lord Parmoor forderte, daß der Ausbau den Wünschen der Bevölkerung entsprechend beschleunigt werde und Branting nachdrücklich die Notwendigkeit betonte, die Bevölkerung des Saargebietes selbst in allen sie interessierenden Fragen vor dem Rat in irgend einer Form zu Wort kommen zu lassen. Der Kanadier Stephens gab einen Überblick über die finanziellen Voraussetzungen dieser Frage.

Der Rat beschäftigte sich nachmittags mit der Abrüstungsfrage, über welche Dr. Vences referierte.

Ein schwerer Konflikt in der Wiener Metallindustrie.

Wien, 11. März. (Eigenbericht.) Heute nachmittag hat eine Konferenz der Obmänner der Betriebsräte der Wiener Metallindustrie stattgefunden, die sich mit der Ablehnung der Forderungen durch die Unternehmer befahte. Alle Redner sprachen sich dafür aus, daß diese Antwort der Unternehmer nicht ruhig hingenommen werden dürfe und daß alle Vorbereitungen für den Kampf getroffen werden müßten. Es wurde dementsprechend eine Resolution gefaßt, die aber vor Einzellämpfen warnt und erklärt, daß jeder Kampf nur im Einvernehmen mit dem Bezirkssekretariat geführt werden darf.

Das neue belgische Kabinett.

Paris, 11. März. Den Blättern zufolge wird folgende Zusammensetzung des belgischen Kabinetts als höchstwahrscheinlich bezeichnet: Vorfis und Finanzen Theunis, Justiz Masson, Außenwesens Symans, Inneres Bouillet, Wissenschaft und Kunst Rolf, Landwirtschaft Baron Rufette, Eisenbahn Neujean, Nationalverteidigung Fortbonne, Wirtschaft Vandevyvere, Industrie und Arbeit Coffen, Kolonien Carton.

Das neue Kabinett hat sieben Minister der früheren Regierung beibehalten und vier durch neue ersetzt. Das neue Ministerium ist auch bezüglich seiner politischen Einstellung im großen und ganzen mit dem vorangegangenen identisch. Namentlich in außenpolitischer Hinsicht; Symans hat in Parlamente immer die Reparationspolitik Theunis unterstützt und ist überdies ein persönlicher Freund des Vizepräsidenten. Die neue Regierung wird mit einer verstärkten Opposition der belgischen Sozialdemokraten zu rechnen haben, auch wird es sich nicht auf alle um Cavalaert gruppierten katholischen Flamen stützen können. Das dritte Kabinett Theunis gilt als ein Liquidationskabinett, welches außer Reparationsfrage das Budget und das Wahlgeseh vorbereiten soll.

Ein historischer Panamist — ungarischer Finanzminister.

Budapest, 11. März. (Eigenbericht.) Der Ministerpräsident hat das Finanzportefeuille dem ehemaligen Minister im Kabinett Tisza, Ladislaus Sulacz, angeboten, der heute 73 Jahre alt ist. Sulacz hat erklärt, daß er diese Vertrauensstellung nur dann annehmen könne, wenn sich alle parlamentarischen Parteien verpflichten, daß sie seine ministerielle Tätigkeit nur objektiv beurteilen und eine persönliche Hebe gegen ihn vermeiden wird. (Der Grund für diese Bedingung liegt wohl darin, daß Sulacz ein alter Panamist ist und daß z. B. seine berühmten Salzlieferungsställe, durch die er noch vor dem Kriege die Parteikasse der liberalen Partei gefüllt hat, noch in allgemeiner Erinnerung sind, so daß er sich vor einer Wiederaufrollung dieser Angelegenheit schützen will. D. Reb.)

Ein Bombenanschlag in Lemberg.

Lemberg, 11. März. Heute um 10 Uhr nachmittags wurde gegen das Gebäude der Polizeidirektion ein Bombenanschlag verübt. Die Bombe, welche unter den Kanzleien der politischen Informationsabteilung der Polizeidirektion explodierte, demolierte einen Teil der Kanzleien und vernichtete die Wasserleitung. Mehrere Fensterscheiben des Polizeigebäudes sowie der umliegenden Häuser wurden eingedrückt. In den Räumen, in denen die Explosion erfolgte, wurden noch genauer Untersuchung noch drei weitere Bomben gefunden, die nicht explodiert waren. Im Falle der Explosion aller Bomben wäre das ganze Gebäude der Polizeidirektion demoliert worden. Eine strenge Untersuchung wurde eingeleitet.

Wilhelm Buhleg gestorben.

Agram, 11. März. (Eigenbericht.) Heute ist der Genosse Buhleg gestorben. Buhleg ist der Gründer und Führer der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung in Kroatien. Er war im Frieden wiederholt auf internationalen Partei- und Gewerkschaftskongressen und auch auf österreichischen Parteitagen.

Deutschgelbe „Enthüllungen“ über die Gehälter beim Internationalen Metallarbeiterverband.

Nach dem Grundsatz „Wer noch nichts ist, muß selbst aus sich etwas machen“, haben sich unsere Hafent Kreuzler aufs „Enthüllen“ verlegt und versuchen, dadurch das Interesse der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Ein ganzes Jahr lang hat die gelbe Presse die angeblichen „Mißstände“ beim Bergarbeiter-Verband enthüllt. Da sich aber trotz der großen Mühe und der vielen verschleuderten Druderschwarze eben nichts enthüllen ließ, haben sich die Herren ein anderes Betätigungsfeld gesucht. Da die Geldgeber dieser Presse auf Tätigkeit und auf Erfolge drängen, ansonsten die Zuschüsse ausbleiben, die Hafent Kreuzler aber doch nicht gut aus ihren eigenen Reichen Enthüllungen bringen können, haben sich die Komoiauer Macher der Deutschgelben einen „der Sozialdemokratie untreu gewordenen Arbeiter“ verschrieben, der sie hinter die Kulissen blicken ließ. Die letzte Enthüllung dieser Leute hatte mit einer schmählichen Abbitte des Enthüllers beim Komoiauer Bezirksgerichte geendet; nun ging's gegen den Metallarbeiterverband, der in der letzten Zeit infolge seiner Schlagkraft und nicht zuletzt infolge seiner guten Einrichtungen dem reaktionären Unternehmertum noch immer einen unüberwindlichen Damm entgegenstellen konnte! Diesem Verbands mußte unter allen Umständen und mit allen Mitteln Abbruch getan werden, denn wenn es gelingt, diese Macht zu zerbrechen, dann werden schon die Unternehmer, die Gönner der Hafent Kreuzler dafür sorgen, daß den nationalsozialistischen Aufgewerkschaften — so wie es beim DGB gemacht wird — die Mitglieder zwangsläufig zugetrieben werden. Da leider sachliche Argumente gegen den Metallarbeiterverband beim besten Willen nicht zu finden waren, mußten Verleumdungen und Unwahrheiten herhalten, um die leitenden Funktionäre dieses Verbandes herabzusetzen. In großer Aufmachung haben die nationalsozialistischen Psephreptile „enthüllt“, was für Gehälter die Funktionäre und die weiblichen Hilfskräfte in einem Jahre beziehen. Daß die Hafent Kreuzler dabei recht großzügig waren und die Gehälter nach oben hin ziemlich aufgerundet haben, sei nur so nebenbei vermerkt. Es ist richtigzustellen, daß die Jahresgehälter der männlichen Zentralbeamten zusammen 159.791 K und die der weiblichen Hilfskräfte zusammen 69.038 K betragen, zusammen daher 228.829 K. Der „der Sozialdemokratie untreu gewordene Arbeiter“ hat sich also um die runde Summe von 100.000 K „geirrt“.

Die Gehälter, die die Gewerkschaften ihrer Angestellten zahlen, sind durchaus kein Geheimnis und werden auch von den Angestellten nicht beschliffen. Beim Metallarbeiter-Verband z. B. entscheidet über die Bezahlung der Kräfte ein 15-gliedriger Ausschuß, dem ein einziger Angestellter angehört. Die Gehälter mögen der Öffentlichkeit bekanntgeben, ob auch bei ihnen in gleich demokratischer Weise vorgegangen wird.

Daß sich die Hafent Kreuzler darüber ärgern, daß der Verband so viele Kräfte braucht, um die organisatorischen Arbeiten zu erledigen, glauben wir recht gerne. Die Gehälter bemühen sich nun schon Jahre lang, die Arbeiter zu verführen, aber trotz aller Mühe und trotz des vielen Geldes, das sie für die Agitation ausgegeben haben, will es nicht gelingen, die Arbeiter einzufangen. Daß sie sich darüber ärgern, ist begreiflich. Daß weiter Funktionäre, die die Agitation betreiben, für ihre Vorauslagen bei Reisen etc. entschädigt werden, ist unseres Wissens, überall üblich. Auch die Agitatoren der Hafent Kreuzler müssen Spesen und Diäten erhalten, denn von ihrem eigenen Gelde können auch sie nicht durch längere Zeit diese Auslagen bestreiten — außer es wären diese Agitatoren lauter vermögende Leute — was ebenfalls denkbar und möglich ist.

In Bezug auf die Streikfassa können wir die Herren beruhigen. Ihr Gewährsmann, dem sie die Angaben über die Gehälter unbeschleunigt glauben, scheint hier doch nicht in der Lage gewesen zu sein, glaubwürdige Angaben zu machen, und deshalb mußten sie hinter die leere Streikfassa eben ein Fragezeichen setzen. Daß es Unternehmern und Hafent Kreuzlern sehr lieb wäre, wenn der Streikfond der Metallarbeiter aus nichts bestünde, das glauben wir und unsere

Mitglieder den Herren aufs Wort. Noch ist es aber nicht so weit! Auch die Metallarbeiter haben schon verstehen gelernt, daß starke Kassenbestände ein wirksamer Schutz gegen Uebergriffe der Unternehmer und ihrer Trabanten sind und sie werden sich daher auch durch ein Interesse der Unternehmer von den Hafent Kreuzlern gemachte Verleumdungen von dem einmal als richtig erkannten Wege nicht ablenken lassen, sondern trotzdem freie Gewerkschaftler bleiben. Der Angriff gegen den Metallarbeiterverband zeigt, daß die Hafent Kreuzler mit den niedrigsten Mitteln arbeiten, um dieses starke Bollwerk der Arbeiterschaft zu zerbrechen, damit dann die Massen wehr- und schußlos ihren Widersachern ausgeliefert sind. Die Arbeiter aber, die man durch jene Notiz haranguierten wollte, kennen die Weise, kennen den Text, sie kennen auch die Verfasser und werden ihnen nicht auf den Leim gehen.

Dem Duzer „Tag“ unterbreiten wir bei dieser Gelegenheit den Vorschlag, er möge in einer seiner nächsten Nummern die Gehaltslisten der nationalsozialistischen Parteiangestellten veröffentlichen und die verschiedenen Diäten- und Spesenrechnungen für die Sekretäre und Agitatoren der Hafent Kreuzler beifügen. Welch' unerhörte Frechheit liegt doch darin, daß die Nationalsozialisten aus den Gehältern von Angestellten freigewerkschaftlicher Organisationen politisches Kapital zu schlagen versuchen! Daß sozialistische Organisationen ihre Angestellten ihren Leistungen entsprechend honorieren, suchen die Gelben in den Augen der Arbeiter als unmoralisch darzustellen, während es doch selbstverständlich ist, daß auch die nationalsozialistischen Organisationen ihre Angestellten entsprechend belohnen und noch ganz anders besolden können, als wir es in der Lage sind. Die Hafent Kreuzler werden es nicht zu leugnen wagen, daß die Unsummen, welche die Organisation von reaktionären Soldnertruppen in Deutschland verschlungen hat, nicht durch Mitgliedsbeiträge und nicht auf gerade Weise aufgebracht wurden, sondern daß in den Stammpfand der bayerischen Reaktionäre Millionen von allen kapitalistischen Kreisen geflossen sind, die ein Interesse an der Wiederaufrichtung des vorrevolutionären Regimes haben. Der riesige Apparat, den die reichsdeutschen Nationalsozialisten in Bewegung gesetzt haben — der allerdings verlagte — konnte ja nur mit den Geldern der bayerischen Fabrikanten, mit den Geldern der deutschen Bourgeoisie, mit Hilfe von Stinnes und Konsorten aufgerichtet und erhalten werden. Noch weit interessanter als die Befanntgabe der nationalsozialistischen Gehaltsliste wäre die Veröffentlichung über ihre Geldquellen.

Devilenturle.

Prager Kurze am 11. März.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1309.00	1815.70
1 Billion Marz	7.84.50	8.04.50
100 belg. Franks	111.75.00	113.25.00
100 schweiz. Franks	611.00.00	614.00.00
1 Pfund Sterling	150.55.00	151.95.00
100 Lire	145.87.50	147.37.50
1 Dollar	35.10.00	35.40.00
100 franz. Franks	127.25.00	128.75.00
100 Dinar	43.75.00	44.25.00
1000 maghar. Kronen	4.75.00	5.25.00
1.000.000 poln. Marz	3.40.00	4.20.60
10.000 österr. Kronen	4.87.00	5.07.00

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	Dollar 2.88.75
Berlin 100	Schweiz. Frant 16.77.50
Berlin 1	Marz 122.500.000.00
Wien 1	österr. Kronen 2.042.00

Tages-Neuigkeiten.

Boiret, seine Modedalle und die gute Gesellschaft.

In Paris steigen infolge des Frankfurter Lebensmittelpreise, eine finanzielle Krise ist über den französischen Staat hereingebrochen — Boiret, der „Modetönig“ von Paris bereist inzwischen die Hauptstädte Mitteleuropas, um die „gute“ Gesellschaft dieser Städte mit französischer Eleganz und französischer Mode zu versorgen. Wenn der Widerspruch dieser beiden Tatsachen nicht die Augen öffnet über die Strupplosigkeit der heutigen zerstörten Welt beherrschende und „aufbauende“ Gesellschaft, der ist ein würdiger Genosse aller diejenigen, die in diesen Boiretveranstaltungen auch nur ein Fünkchen von kulturellem Ideenaustausch zwischen zwei Völkern festzustellen behaupten. In Wien ist Boiret bereits aufgetreten — ein Skandal, dergleichen bildete dort den Schlüsselpunkt des „Modefestes“. Boiret — recte Pollak aus Prohnik in Mähren — trat gestern auch in Prag auf. Wie die Prager „Gesellschaft“ den „Pariser“ Modetönig empfangen hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir wissen nur, daß die Prager Schneider gegen Boiret protestiert haben und daß in der bürgerlichen Presse für Boiret eine Riesenkampagne entfaltet wurde. Die Berichte in den bürgerlichen Blättern werden demnach gebührend von dem Verlaufe der Modeschau Kenntnis nehmen. Es ist in Prag kaum zu erwarten, daß ein Blatt über den Boiretbalk so berichten wird, wie es die Wiener „Reichspost“ zu tun für nötig fand. Dieser Bericht verdient wiedergegeben zu werden:

Nach wochenlangem Trommelwirbel und Postsaurengelöte ist am letzten Samstag endlich der so großzügig angekündigte Boiret-Ghinas vor sich gegangen. Es war, wie die Wiener Presse — aus-

schließlich einiger von Herrn Boiret bezahlter Berichte — fast einmütig festgestellt, ein Mißerfolg der Veranstaltung und noch mehr: ein Skandal. Was sich an diesem Abend im Konzerthausaal abgespielt hat, war ein beschämendes Ereignis und deshalb ist es notwendig, dasselbe näher zu beleuchten. Seit Wochen hatte der Pariser Modetönig seine „Dereinspaziert!“ ausgerufen. In der großsprecherischen Art eines Menageriedirektors hatte er angekündigt, daß er die Wiener „belehren“, „beschaffen“, „entzücken“ wolle. Der Erfolg dieses anmaßenden Tamtams war es, daß bei dem Boiret-Ghinas am Samstag die gute Wiener Gesellschaft durch ihre Abwesenheit gelängt hat. Was sich hier versammelte, war ein Gemisch von Jugendwundern aus dem näheren und ferneren Osten — Wien war das nicht. Trotz zahlreicher Freilarten war der Besuch schlecht. Boiret, der dieses Publikum nicht einmal für würdig hielt, um sich für dasselbe einen Grad anzuziehen, ließ durch seine Mannequins eine Anzahl von Toiletten vorführen, wie sie nur Pariser Kolotten tragen können.

Dann kam der große Augenblick, den der Meister der Reklame angekündigt hatte: Er ließ ein paar hundert Hüte aus Bast, wie man sie als Preise für Zuzuhörer verwendet, unter das Publikum werfen. Diese vornehme Gesellschaft stürzte drauf los, und raufte um die wertlosen Hüten wie eine Meute wilder Räder. Milioientoiletten gingen in Franfen, Kopfputze wurden abgerissen, nicht ausreichend angezogene Damen wurden zerkratzt . . . Man verzeihe den harten Ausdruck: ein Schauspiel zum Erbrehen!

So endete das „einzigartige“ Fest, das Boiret versprochen hatte! Ramponierte, aufgedommerte Frauen klagten über das Pech, das sie gehabt, Besucher, die es als freche Wurzerei ansahen, daß man ihnen nebst dem enormen Eintrittsgeld für jedes Stück Garderobe 15.000 Kronen abgenommen hatte, schimpften und über allem weinte ein von einem Baumanstreicher befehrter alter Fregen — die hervorragende, künstlerische Dekoration, die Boiret angekündigt hatte.

Dieser Herr hat einfach Wien mit einem Dorf vertauscht und geglaubt, daß er die Wiener mit seinen Bluffs blenden könne. Er hat sich getäuscht und wird ausgelacht.

Und was das beschämende Schauspiel im Konzerthaus anbetrifft, so darf Herr Boiret folgendes zur Kenntnis nehmen: Die wirklichen kultivierten Wiener hat sein Jahrmarktsgeschrei abgestoßen und deshalb sind sie in seinen Zirkus nicht hineingegangen. Die „vornehme“ Gesellschaft, die sich am vergangenen Samstag um seinen Zuzuhörer gebalgt hat, hat mit Wien nichts zu tun. Das sind Elemente von derselben Art, wie sie gegenwärtig auch in Paris nur allzu lästig in Erscheinung treten — die Schmeißfliegen des wirtschaftlichen Elends.

Das Blatt des österreichischen Sozialjournalisten — dessen Bericht man nichts hinzuzufügen braucht — will geltend machen, daß die „gute“ Gesellschaft Wiens bei Boiret nicht erschien. Die Tatsachen sprechen das Blatt jedoch Lügen: Die „gute“ Gesellschaft Wiens und auch Prags weiß, was sie sich schuldig ist. Ihre Presse weiß es trotz ihrer „Vornehmheit“ jedoch nicht.

Jeder werbe am 23. und 30. März neue Abnehmer für unsere Parteipresse.

Ein Treppenwitz der Geschichte.

Gibt es Zufälle und koschafte noch dazu? Diese Frage wäre einer Untersuchung wert angesichts eines Ereignisses, das von allen Menschen belacht werden dürfte, wenn der Sinn für beißende Satire nicht verloren gegangen wäre.

Vor kurzem enthielt eine Zeitung — allerdings nur in Petitfah und an ziemlich verkehrter Stelle — die Nachricht, daß ein Dampfer, der Stinnes gehört und „Ludendorff“ heißt, zu Rindtransportzwecken umgebaut wurde. Es handelt sich um den Transport argentinischen Schlachtviehes nach Europa.

So lautete die kurze Meldung und sie ist von keinem Satiriker, von keinem koschafte Feind des großen „Helden“ Ludendorff geschrieben. Nur ein einfacher biederer Berichterstatter hat es für Bezahlung: „vo Jesse für seine Pflicht gehalten, der Welt Mitteilung von dem Ereignis zu machen. In knappen drei Sätzen ist da eine Komödie geschrieben worden, eine Komödie, deren Helden und handelnde Personen, zwei Mächtige sind: Stinnes und Ludendorff. Der leidende Teil ist das Schlachtvieh und mehr oder weniger die von Ludendorffs Bedentum hypnotisierte Menschheit.

Die Symbole der Tatsache ist doch wunderbar, daß Stinnes der Besitzer des „Ludendorff“ ist und noch wunderbarer ist der Umstand, daß der Schiffkörper in enge Verbindung mit Schlacht- und Rindvieh gelangen muß, sobald das Schiff nur den Namen des großen Feldherrn trägt. Es geht eben von diesem Namen ein mächtiger Zwang zur Tat des „Abchlachtens“ aus und dieser Zwang ist so groß, daß er sich nicht nur auf Menschen, sondern auch auf Rindvieh erstreckt. Man denke, wenn das Schiff zur Beförderung friedlicher Passagiere dienen würde! Es kann gar nicht anders sein; ein Schiff, das den Namen „Ludendorff“ führt, kann nur einem einzigen Zweck dienen: dem Schlachtviehtransport.

Ein schwerer Justizirrtum in Brünn. Die „Brüner Morgenpost“ meldet: Vor zwei Jahren stand vor dem Brüner Schwurgerichte der Eisenbahnwächter R. Schneeweiß aus Czernowitz wegen Mordversuches an seiner Gattin. Schneeweiß leugnete damals entschieden; einzig seine Gattin, die einen beschränkten Eindruck machte, sagte wider ihn aus. Der größte Teil der Verhandlung wurde damals geheim durchgeführt. Schneeweiß soll einen etwas sonderbaren Versuch gemacht haben, seine Frau während des ehelichen Aktes (auf einer Leiter am Dachboden!) in einer vorbereiteten Sählinge zu erhängen. Schneeweiß verlangte damals genaue Untersuchung des Geisteszustandes seiner Frau, was ihm aber abgelehnt wurde! Er wurde zu nahezu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt, wanderte in den Kerker, verlor den Posten, büßte die Strafe ab und erlebte nun, aus dem Kriminal zurückkehrend, eine Ueberraschung; seine Frau wird von den Psychiatern für total unzurechnungsfähig erklärt, mit der Bemerkung, daß sie schon fünf Jahre irrsinnig sein müsse! Also war damals die Kronzeugin gegen R. Schneeweiß eine Wahnsinnige! Gibt es einen ausgelegten Justizirrtum? Selbstverständlich strengt der ehemalige Verteidiger des Schneeweiß eine Wiederaufnahme des Prozesses an!

Ein frecher Raubüberfall. Aus Troppau wird uns gemeldet: Samstag wurde auf dem Oskarschachte in Petershofen ein frecher Raubüberfall ausgeführt. Um acht Uhr abends fand auf dem Schachte die Lohnauszahlung statt. Im Bodenhause und in dessen Hausflur waren zirka 30 Bergleute anwesend, die auf die Einfahrt zur Nachschicht warteten. Als einer der Kassierer den Leuten von der Tagelohn den Lohn auszahlen wollte, sprangen plötzlich vier Banditen in das Lokal, rannten den Kassierer über den Haufen, raubten die Kasse mit 180.000 K und flüchteten damit. Während des Raubes hielten die Banditen sämtliche Ausgänge unter Feuer, so daß niemand dazwischen treten konnte. Trotzdem versuchten einige Bergleute den Banditen entgegenzutreten, wobei vier schwer verletzt wurden. Unser Vertrauensmann Genosse Czerny erhielt einen Brustschuß und mußte sofort in das Spital geschafft werden. Die freche die Banditen zu Werke gingen, beweist der Umstand, daß sie, trotz der Nähe des Anfelmschachtes, der vom Oskarschachte einen Kilometer entfernt ist und auf dem ein starker Gendarmeposten einquartiert ist, den Raubüberfall ausführten. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Als der Kettenhandel mit Mehl noch blühte. . . . Josef Beier, 22 Jahre alt, Handelsangestellter aus Wistabül und Karl Salpert, Handelsangestellter aus Rudelsau, 23 Jahre alt, standen wegen des verbotenen Verkehrs des Kettenhandels und Preisstreitigkeiten zum zweiten Male vor dem Wuchergericht in Troppau. Das erstemal wurden sie von der Anklage freigesprochen. Das Oberste Gericht hat dieses Urteil als nichtig aufgehoben und eine neuerliche Verhandlung angeordnet. Die Angeklagten waren seit dem Jahre 1920 bis 1921 arbeitslos. Damals war noch der größte Teil der Lebensmittel, besonders das Mehl, unter staatlicher Bewirtschaftung. Als die Väter damals wieder Weisheitsräd zu baden angingen, wendete sich der Bäckermeister Schmehl aus Wistabül an den beschuldigten Salpert, ob er ihm nicht Mehl verschaffen könnte. Salpert wendete sich in dieser Angelegenheit an den zweitbeschuldigten Beier. Dieser wiederum wandte sich sodann an den Mühlenbesitzer Pehal in Libuščů mit der Anfrage, ob er ihm nicht einige Meterzentner Mehl, das kilo zu neun Kronen, im Schleißwege verkaufen möchte. Der Mühlenbesitzer Pehal zeigte aber den Handel dem Einkaufskommissar der Landesgetreideanstalt Wejřka an, der dann die Korrespondenz mit den Schleißhändlern forstete und sie schließlich festnehmen ließ. Die Mehl-Kettenhandel-K. G. fand ein unruhliches Ende. Bei der zweiten Verhandlung wurden beide Angeklagten vom Troppauer Wuchergericht zu je sechs Monaten strengem Arrest und zu 10.000 K Geldstrafe — im Uneinbringlichkeitsfalle zu weiteren 14 Tagen Arrest — bedingt auf zwei Jahre, verurteilt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. In der Baumwollspinnerei Florian Hübel in Görkau waren seit einigen Tagen die Monteur Josef Uhr und Siegfried Hübel aus Teitschen damit beschäftigt, den Dampfkegel zu reinigen. Hübel arbeitete im Kessel, wo er mit einer Starkstrom-Bohrmaschine den Kesselstein entfernte, während Uhr außerhalb des Kessels zu tun hatte. Hübel rief Hübel den Uhr zu, er möge den Strom abstellen. Uhr stellte sofort den Licht- und Starkstrom ab und fragte, was geschehen sei. Hübel gab jedoch keine Antwort. Als Uhr nun in den Kessel hineinkautete, sah er den Hübel leblos darin liegen. Der herbeigerufene Arzt konstatierte, daß bei Hübel infolge Schlaglages der Tot eingetreten war.

Schwerer Unfall bei einer Dilettantenaufführung. Ein tschechischer Verein in Bruch veranstaltete eine Theateraufführung, bei welcher ein Darsteller einen Revolverversuch gegen einen Mitspieler abzugeben hatte. Der Mitspieler, der 17 Jahre alte Bergarbeiter Franz Finkler, erlitt nun durch die Explosion der Anschlagsschwere Verletzungen an beiden Augen und im Gesichte. Im Krankenhaus wurde aus einem der Augen ein angelegter Papierpropfen entfernt, doch mußte dieser Eingriff nicht mehr, da das Auge bereits verloren war. Ebenso wird an der Erhaltung des zweiten Auges sehr gezweifelt, da auch dieses schwer verletzt und durch die Operation arg in Mitleidenschaft gezogen ist. Auf diese tragische Weise starb Finkler, ein 17jähriger Bursche, der einzige Sohn seiner Eltern, wohl ganz um sein Augenlicht kommen.

Zur Verhaftung der Prager Juwelendieber. In dem Justizort der Juwelendieber in Prag, alleinstufige, wurde ein ganzes Lager von geraubten Gegenständen gefunden. Die verschiedenen Verstecke waren mit diesem Diebstahl direkt vollgestopft. Auch Saluten fanden sich. Die Polizei setzt ihre Nachforschungen fort, da heute schon feststeht, daß die verhaftete Bande eine Reihe von schweren Einbrüchen in Prag verübt hat.

Änderungen von Stationsnamen im Bereiche der Staatsbahndirektion Prag-Nord. Laut Kundmachung des Eisenbahnministeriums wurden im Bereiche der Staatsbahndirektion Prag-Nord folgende Stationsnamen geändert: Prag-Bruska in „Bruska“, Teitschen-Nordbahnhof in „Teitschen oberer Bahnhof“, Teitschen-Nordwestbahnhof in „Teitschen unterer Bahnhof“, Leitmeritz-Staatsbahnhof in „Leitmeritz unterer Bahnhof“, Leitmeritz Teplitzer Bahnhof in „Leitmeritz oberer Bahnhof“, Aussig-Nordwestbahnhof in „Aussig Haltestelle“, Aussig-Staatsbahnhof in „Aussig Stadt“, Aussig-Expositur in „Aussig chemische Fabrik“, Karlsbad-Buschtraber Bahnhof in „Karlsbad oberer Bahnhof“ und Karlsbad Zentralbahnhof in „Karlsbad unterer Bahnhof“.

Die Rechtslosigkeit der russischen Bauern. Die russischen Bauern äußern neuerdings immer heftiger ihre Unzufriedenheit über ihre politische Rechtslosigkeit. Selbst die offizielle kommunistische Presse sieht sich genötigt, hin und wieder Neuerungen dieser Unzufriedenheit wiederzugeben. So finden wir in der „Pravda“ vom 21. Februar folgende Auszüge aus Briefen von Kommunisten aus der Provinz: „Der Bruch zwischen Stadt und Land ist die Folge zweier Faktoren: der Verschiedenartigkeit der Preise in Stadt und Land und der rechtlosen Lage der Dorfbevölkerung. . . Was die Bestechlichkeit, Eigenmächtigkeit, bürokratische Verschleppung, Diebstähle usw. betrifft, so ist keine Spur von Besserung zu verzeichnen.“ — „Steinerlei Zwangsrequisitionen von Getreide und keinerlei Steuern wirken und wirken so tödlich auf die Dorfbevölkerung wie die Willkür, die amtlichen Mißbräuche, die Bestechlichkeit usw.“ — „Man sucht den Bauern einzuschüchtern, er sieht aber alle Ungerechtigkeiten. Sein Recht kann er nirgends erlangen.“ „Wenn Du Klage führst, kriegt Du selber eins auf den Buckel“, so spricht er. — „Unsere Behörden auf dem flachen Lande taugen nicht im geringsten. Wenn man sich die Dinge ansieht, die diese Behörden antun, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß es ohne irgendwelche Behörden besser gehen würde, als mit den gegenwärtigen.“ — Den russischen Bauern scheint es nach diesen Briefen wirklich miserabel zu gehen, trotz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrepublik.

Die Hungersnot in Rußland. Die große russische Hungersnot von 1921/22 ist bereits überwunden und die Lage der Bauern hat sich im großen und ganzen im Vergleich zu jener Zeit gebessert. In einzelnen Gebieten herrschen aber immer noch furchtbare Zustände. Die letzte Nachricht kommt aus der Tatarenrepublik, in der Gegend von Kasan. Es wurde auf Grund der Ernteeergebnisse amtlich festgestellt, daß für jeden Einwohner nur 3.5 Pud (56 Kilo) Getreide für das ganze Jahr übrig geblieben sind. Dieser Zustand ist noch schlechter als im genannten Hungerjahre, denn damals rechnete man mit einer Verfleßungsnorm von 4.5 Pud für jeden Einwohner.

Der 53. Jahrestag der Pariser Kommune. (Der 18. März), wird auf Anordnung des Zentralvolksausschusses der kommunistischen Partei in Rußland von sämtlichen kommunistischen Parteiorganisationen gefeiert werden. Der Zentralvolksausschuß hat einen großen Aufruf erlassen, in welchem er behauptet, der Klassenkampf, welcher sich zu einem Bürgerkrieg gestalte, schreite in der ganzen Welt fort.

Die Sommerzeit in Westeuropa. Die englischen, belgischen, holländischen und französischen Delegierten sind gestern nachmittags in Paris zusammengetreten, um in ihren betreffenden Ländern für das Jahr 1924 eine Uebersetzung der Sommerzeit herbeizuführen. Für Frankreich, Belgien und Holland wurde die Nacht vom 29. zum 30. März, für England dagegen die Nacht vom 12. auf den 13. April gewählt. Die Delegierten haben vereinbart, ihren Regierungen anzurufen, in Zukunft als Zeitpunkt des Ueberganges zur Sommerzeit die Nacht vom ersten Samstag auf den ersten Sonntag im April und für die Rückkehr zur Winterzeit die Nacht vom ersten Samstag zum ersten Sonntag im Oktober zu wählen.

Vom Kriegsschauplatz in Marokko. Die Pariser Blätter melden aus Madrid, daß im Verlauf eines Kampfes der bei Tizzi Azzu stattgefunden, die spanischen Truppen die Rifflahnen vertreiben haben. Die Rebellen hatten 300 Tote und zahlreiche Verwundete, die Spanier verloren 12 Tote und etwa 80 Verwundete, zumeist einheimische Legionäre. Die spanische Regierung gibt bekannt, daß die Operationen gegen die Rebellen vor allem die Gefangennahme Abdel Krims bezwecken.

„Die Zukunft des Völkerbundes.“ Heute, Mittwoch, pünktlich 8 Uhr abends, findet im Spiegelssaal des Deutschen Hauses in Prag der Vortrag des deutschen Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Walter Schücking (Weiln) über das Thema „Die Zukunft des Völkerbundes“ statt. Der Eintritt zu dem Vortrage sowie zu der im Anschlusse stattfindenden Volkerversammlung der deutschen Völkerverbände ist allgemein zugänglich. Von Prag begibt sich Abg. Prof. Schücking nach Teplitz-Schönau und Reichenberg, wo er seinen Vortrag wiederholen wird.

Prager Mustermesse. Die Wohnungslanzlet der Prager Mustermesse befin-

det sich während der Messebauzeit, also ab 11. bis 25. März in der Messelanzlet des Alshäder Rathhauses, was zu beachten ist. Erst nach Messeschluß überföhrt sie wieder in die Ausstellungsräume gegenüber dem Neuen Deutschen Theater. Trotdem für hinreichend Privat- und Hotelwohnungen, die nur daselbst erhältlich sind, vorgesorgt wurde, so werden Anmeldungen tabellarisch, reiner Zimmer, möglichst in der inneren Stadt gelegen, noch bis zum 15. März unverbindlich entgegengenommen. — Die Direktion der Verzehrungssteuer in Prag beschloß, Waren, welche in der Zeit vom 14. bis 16. März auf die Prager Mustermesse geschafft werden sollen, von der Verzehrungssteuer zu befreien, sofern diese Waren bzw. deren unverkaufte Restbestände bis zum 27. März spätestens wiederum die Verzehrungssteuerlinie passieren. Auf dem Messelände wird eine Expositur des Verzehrungssteueramtes errichtet werden. — Bis zum 1. März 1924 betrug die Gesamtanzahl der Aussteller der achten Prager Frühjahrsmesse (16. bis 23. März 1924) 1973, darunter 1781 Produzenten, 23 Manipulanten und 169 Großisten und Generalvertretungen. Diese Aussteller beschäftigten (laut eigenen Angaben) 9600 Beamte und über 200.000 Arbeiter. Von diesen Firmen stammen aus Böhmen 1678, aus Mähren 144, aus Schlesien 14, aus der Slowakei 19, aus Jugoslawien 9, aus Deutschland 43, aus Italien 16, aus Frankreich 12, aus Oesterreich 8, aus Mexiko 16 und aus den anderen europätschen und überseeischen Staaten, darunter auch aus Kanada zusammen 14. Am stärksten ist wie stets die Metallindustrie vertreten, aber es ist diesmal fast jede Branche durch die größten Weltfirmen repräsentiert. Raumangel nötigte die Messeleitung noch in den letzten Wochen zahllose Firmen des In- und Auslandes auf die neunte Prager Herbstmesse (21. bis 28. September 1924) zu vertrieben.

Wetterübersicht vom 11. März. Bei schönem Wetter stieg die Temperatur Montag nachmittags in Prag und in Preßburg auf +5 Grad Celsius, in Budweis, Radoh und Wüdenschwert auf +6 Grad Celsius, in Aussig auf +7 Grad Celsius und in Luitzenau auf +8 Grad Celsius. In der folgenden Nacht sank sie in Prag auf -4 Grad Celsius, in Klattau, Budweis und Preßburg auf -6 Grad Celsius, in Tabor und Wüdenschwert auf -7 Grad Celsius, in Trontenau und Radoh auf -8 Grad Celsius und in Eger auf -12 Grad Celsius. Der Durchzug eines Depressionsrestes über der Ostsee anführte sich Dienstag auch bei uns in einer leichten Bewölkung. Vom Nordwesten her breitet sich jedoch bereits wiederum ein höherer Druck gegen Mitteleuropa aus. Nordfandinavien hat eine neue Kälteperiode zu verzeichnen. Geparanda verzeichnete Dienstag früh eine Temperatur von -26 Grad Celsius. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Wechselfeld bewölkt, Nordostwind.

Kleine Chronik.

Wie das Tipperary-Lied zum englischen Volkslied wurde. Wäre der Weltkrieg nicht gekommen, kein Mensch hätte etwas von der Existenz des weltberühmt gewordenen englischen Soldatenliedes erfahren. Niemandem kam auch der Erfolg überraschender als dem Komponisten des Liedes, Henry Jones Williams, dem kleinen busigen Musiker, der bis dahin sein Leben kümmerlich gefristet hatte und der jetzt, 50 Jahre alt, als reicher und populärer Mann gestorben ist. In seinen jungen Jahren hatte er Couplets und Gassenhauer für Singpielhallen komponiert, ohne daß ihm das Glück gelächelt hätte, und auch seinem „It's a long way to Tipperary“ schien kein besserer Erfolg beschieden zu sein als den vielen Vorgängern. Vergebens hatte der Textverfasser für das Lied einen Verleger gesucht. Er wurde überall abgewiesen. Endlich entschied sich ein Singpielverleger, das Manuskript des Couplets, von dem er sich einen Vorleiderfolg versprach, zu drucken. Das Lied wurde auch im Jahre 1913 gesungen. Dann hörte man nichts weiter von ihm, bis im August 1914 ein englischer Kriegsberichterstatter gelegentlich der Schilderung eines Sturmangriffs englischer Truppen in Flandern ganz nebenbei der Tatsache gedachte, daß die stürmenden Truppen beim Angriff das „It's a long way to Tipperary“ angestimmt hätten. Von da an war das Glück des Liedes entschieden. Jeder Engländer wollte es kennenlernen und, wie der Verleger erklärte, wurden in Großbritannien nicht weniger als eine Million Exemplare abgesetzt, eine Anlagelieferer, die viermal so hoch ist, wie sie der populärste Gassenhauer je zu verzeichnen hatte.

Kinder als Vagabunden. Das Vagabundentum obdachsloser Kinder nimmt in Rußland einen Umfang an, der die Presse so sehr beunruhigt und beschäftigt, daß dem Kampf mit dieser Erscheinung in manchen Zeitungen eine ständige Rubrik eingeräumt ist. Besonders wird der Süden im Herbstbeginn von Scharen wandernder Kinder aufgesucht, da das mildere Klima sie anlockt. In diesem harten Winter mit starkem Frost und häufigen tagelangen Schneestürmen sind aber, wie der Ostpreß berichtet, auch im Süden Rußlands viele der jugendlichen Vagabunden zugrunde gegangen. Denn nur die Minderheit entschließt sich im Falle dringender Not, die Kinderasyle und Unterfunkstellen aufzusuchen; die meisten fürchten die dort ausgeübte Aufsicht und die Versuche, sie zu einem neregulierten Leben zurückzuführen, mehr als Hunger und Kälte. Diese Kinder und Halbwildlinge sind völlig verwildert, sie leben von Bettel und Diebstahl. In den Städten suchen sie verfallene und verlassene Häuser auf, wie sie noch den Verwüstungen der Bürgerkriegszeit und bei der allgemeinen Verarmung sich jetzt vielfach finden, und haufen dort als organisierte Diebesbände. Diese Auswirkungen der blutigen Bürgerkriege, Verwüstungen und wiederholten Hungersnöde sind trotz unaufhörlicher Propaganda zugunsten von Kinderschutzverbänden, Feingründungen usw. noch kaum in der Wahrnehmung begriffen.

Volkswirtschaft.

Banldiston und Volkswirtschaft.

Am Samstag hat das Banamt des Finanzministeriums eine Erhöhung des Zinsfußes vorgenommen, und zwar für Wechselkompte von 5 auf 6.50 Prozent, während der Lombardzinsfuß (Zinsfuß für Beleihung von Wertpapieren) um 1 Prozent erhöht wurde. (Staatspapierlombard auf 8 Prozent, Lombard anderer Werte auf 8.50 Prozent.) Welches sind die Ursachen dieser Maßnahmen und welches sind ihre volkswirtschaftlichen Folgen?

Das Banamt verfolgt konsequent weiter die Absicht, den Notenumlauf zu restringieren. Es sucht den Umlauf an mobilem Kapital einzuschränken und verteuert daher die Kreditbedingungen. Da nun das Banamt mit seinen Zinsfuß gegenüber seinen Gläubigern, nämlich den Banken, in die Höhe geht, werden die Banken diese Gelegenheit benützen, um ihre Kreditbedingungen gegenüber ihren Gläubigern gleichfalls hinaufzusetzen. Das bedeutet für die Banken zunächst ein bedeutendes Plus an Einnahmen, denn die Heraufsetzung des Zinsfußes für Einlagen, die die Bank entgegennimmt, wird nicht in dem Verhältnis erfolgen wie die Hinaufsetzung des Zinsfußes für Gelder, die die Bank verleiht. So wird die Hinaufsetzung des Zinsfußes des Bankamtes für die Banken vermehrten Gewinn zur Folge haben.

Noch bedeutsamer sind die Folgen der Erhöhung des Zinsfußes für die Industrie. Wir stehen gegenwärtig in einer Konjunktur, in der die Betriebe größerer Geldmittel zum Ankauf von Rohstoffen und zum Einstellen neuer Arbeitskräfte benötigen. Da nun die Industrie, das Geld welches sie benötigt, teuer bezahlen muß, wird ihr der Einkauf von Rohmaterial erschwert, sowie die Konjunktur in ihrer Entwicklung gehemmt. Da auch die Zinsen für das Leihgeld einen Posten in den Produktionskosten bilden, wird die Produktion im allgemeinen verteuert. Die Verträge zwischen Bank und Industrie sind nämlich so, daß auch das früher geliehene Geld bei einer Erhöhung der Bankrate teuer verzinst werden muß, so daß nicht nur das gegenwärtig ausgeliehene Geld, sondern alles Kapital, mit dem die Industrie arbeitet, verteuert wird. Die Industrie muß daher nicht nur bei jeder Erweiterung der Produktion kalkulieren, ob sich die Kosten des Leihgeldes rentieren, sondern die Konkurrenzfähigkeit der Industrie gegenüber dem Auslande wird durch das teure Geld gleichfalls bedroht. So trägt die Erhöhung der Bankrate dazu bei, die Entfaltung der Konjunktur zu hemmen und die vollständige Ueberwindung der Arbeitslosigkeit zu beeinträchtigen.

Aufs neue zeigen sich die für die Volkswirtschaft schädlichen Folgen der radikalen Deflationspolitik des Banamtes. Einer Einschränkung des Notenumlaufes müßte die Senkung des Preisniveaus, was nur durch die Einschränkung der Staatsausgaben erzielt werden könnte. Die Politik des Staatsamtes gleicht demjenigen, der das Pferd beim Schwanz aufzäumen will.

Die Aussperrung der Tannwalder Textilarbeiter.

In der Aussperrung der Tannwalder Textilarbeiter ist eine wesentliche Veränderung bisher noch nicht eingetreten und es erweckt den Anschein, als ob die Unternehmer den Kampf bis zum Weißbluten beider Teile führen wollten. Verwunderlich ist es, daß von der Regierung fast gar nichts unternommen wird, um diesen Kampf zu beenden, einen Druck auf die Unternehmer auszuüben, damit das Gesetz über den Achtstundentag eingehalten wird. Zu berichten wäre ob noch, daß der Obergewerksinspektor Cerweny für Samstag, den 1. März neuerliche Verhandlungen in Tannwald anderaumt hatte, wo er den Versuch unternahm in einer beide Teile zufriedenstellenden Art den Konflikt beizulegen. Herr Obergewerksinspektor Cerweny bemühte sich einen diesbezüglichen Vermittlungsvorschlag durchzubringen, doch scheiterten alle Versuche an der Echarfmacherei der Unternehmer. Der Vorschlag Cerwenys bildete im wesentlichen eine Basis zur weiteren Verhandlung und war in dem Sinne gehalten, daß von den Unternehmern eine halbe Stunde von der 48stündigen produktiven Arbeitswoche konzediert werden sollte, andererseits sollte die Arbeiterschaft ebenfalls, vorübergehend, bis zur Entscheidung des Ministeriums für soziale Fürsorge eine halbe Stunde über 48 Stunden hinaus das Nutzen der Maschinen vornehmen. Die Unternehmer (Kreissekretariat des Industriellenverbandes, Reichenberg) erklärten jedoch an der produktiven Arbeitswoche festhalten zu müssen. Sie sind aber bereit, über diese Arbeitszeit hinaus betreffs des Nutzens der Maschinen eine Vereinbarung zu treffen. Generaldirektor Hamburger akzeptierte den Vorschlag, verlangte jedoch eine entsprechende Befristung desselben und verpflichtete sich ehrenwörtlich diesen mit vier Wochen befristeten Vorschlag in der Ortsgruppenversammlung der Industriellen in Tannwald durchzusetzen, widrigenfalls er bei Ablehnung seines Antrages seine Funktion als Vorsitzender niederlegen müßte. Trotz dieser Erklärung ist der Vorschlag des Generaldirektors Hamburger in der Ortsgruppenversammlung abgelehnt worden. Man kann nun neugierig sein, ob der Herr Generaldirektor sein gegenüber dem Gewerksinspektor abgegebenes Ehrenwort einlöst und seine Funktion als Vor-

figender der Ortsgruppe der Industriellen in Tannwald niederlegt.

Nach dieser Entscheidung der Industriellen ist der Stand der Aussperrung wieder derselbe geworden, wie zu Beginn des Kampfes und scheint es als wenn eine friedliche Beilegung des Konfliktes unter keinen Umständen möglich wäre.

Kommunistische Berichterstattung.

In Nr. 55 des Reichsbergrat "Vorwärts" vom 6. März, J. F. wird gegen Gen. Hausmann die Beschuldigung erhoben, er habe bei den Lohnverhandlungen die Einheitsfront gesprengt, nur aus dem Grunde, weil die kommunistischen Zentralverbände gegen den Lohnabbau sind.

Protokoll.

ausgenommen am 26. Februar 1924 in der Sitzung der Verhandlungskommission für die nordböhmische Lohnbewegung im Baugewerbe.

Beginn 10 Uhr vormittags, Vorsitz Hausmann.

Anwesend sind: Deutscher Bauarbeiterverband Reichsbergrat: Willi Maier, Rudolf Seidl, Eduard Höber, Josef Köcher, Eduard Hausmann, Ludwig Schöberl.

Bau- und Keramikarbeiterverband Prag: Novotný Josef, Josef Ritz, Rezný Josef.

Zentralverband der Bauarbeiter Prag: Franz Gampe, Wenzel Jiala, Sawa Matijas, Lurel Karl, Weiserl.

Tschechsl. Verband der Maurer, Zimmerer usw., Prag: Trda Emil.

Es wird beschlossen, den Unternehmern zu unterbreiten, am 5. März die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Die Abhaltung von Versammlungen vor der nächsten Verhandlung wird abgelehnt.

Als Verhandlungsgrundlage wird am 5. März vorgeschlagen: Stabilisierung der Löhne in den Lohnklassen 2, 3, 4 und 5 bis 11. Oktober 1. J. Stundenlohn für die erste Lohnklasse K 4.55 für dieselbe Zeit. Ab 13. Oktober 1. J. werden die Löhne in allen Lohnklassen um 5 Heller herabgesetzt, wenn die Indexziffer für August über zehn Prozent tiefer ist wie die Jänner-Indexziffer.

Übersteigt die Augustziffer die des Janners um mehr als 10 Prozent, dann steigt der Lohn in allen Lohnklassen um 5 Heller.

Im Kommuniqué soll diesmal ziffermäßig die Jahreslohnsumme nach dem Vorschlag der Unternehmer und bei Stabilisierung dargestellt werden.

Eduard Hausmann, Franz Gampe, Josef Ritz, Emil Trda.

Bei den Verhandlungen am 5. März, J. F. machte nun Gen. Hausmann, nachdem die Unternehmer die vollständige Stabilisierung ablehnten, den im Protokoll wiedergegebenen, am 26. Februar einstimmig beschlossenen Vorschlag. Dies ist der Verrat des Gen. Hausmann. Gampe erklärte, sie lehnen jeden Lohnabbau ab, können auch nicht dem geringsten zustimmen, da sie dazu kein Mandat haben.

Am 26. Februar durch eigene Unterschrift den einstimmig gefassten Beschluss über einen Vorschlag, der einen Lohnabbau von 2 Hellern pro Stunde beinhaltet, bestätigten, einige Tage nachher zu erklären, zu solchen Dingen kein Mandat zu haben, ist ein Verhalten, das normal denkende Menschen nicht verstehen können.

Herr Telenka als Vorsitzender des kommunistischen Bauarbeiterverbandes, was sagen Sie zu diesem Verhalten Ihres Sekretärs Gampe?

Können und dürfen Vertrauensmänner der Arbeiterchaft, die sich ihrer schweren Verantwort-

lichkeit bewusst sind, ein solch demagogisches Spiel treiben? Die kommunistische Gaukelei und Gaunerei, die da bei jeder Lohnbewegung zu treiben versucht ist, längst durchschaut. Im Vorjahr haben dieselben Menschen, in der ersten Lohnklasse schon bei der zweiten Verhandlung den Unternehmern einen Lohnabbau von K 1.53 zugestanden und vertraglich vereinbart.

1923 war ein Lohnabbau von K 1.53 pro Stunde für die Kommunisten eine Selbstverständlichkeit. Diese hätte aber nach der Wiederholung aufgestellt: Behauptung der Kommunisten verhindert werden können, wenn der Verräter Hausmann dabei gewesen wäre.

Wird es noch Narren, die diesen demagogischen Gaukeln Gefolgschaft leisten können?

Die Arbeitslosigkeit im Feber. Im Monate Feber wurden laut einer Statistik des Ministeriums für soziale Fürsorge 60.200 Personen unterstützt, wozu noch 67.000 Familienangehörige kommen. Außerdem wurden durch Vermittlung der Unternehmungen 16.800 Kurzarbeiter und 9960 Familienangehörige unterstützt.

Die Kleinhandelspreise im Feber. Im Jänner betrug der Index der Kleinhandelspreise in der Tschechoslowakischen Republik in der Gruppe I (Lebensmittel) 917, in der Gruppe II (Textilien und Schuhe) 1053. Im Feber nun ist der Index der Gruppe I gleich geblieben (917), der Index der Gruppe II ist um eine Kleinigkeit gefallen (1050).

Streik in aller Welt. Der Hasenarbeiterstreik in Hamburg hat Dienstag früh eingeseht. Die Schlepper und Fährdampfer sind noch im Betriebe. Die Schauerleute, die nicht zur Arbeit ausgefahren sind, haben sich verammelt, um die Lage zu besprechen.

Eine Kritik der russischen Genossenschaften. Die sowjetrussische Genossenschaftsbewegung behandelt der französische Genossenschaftler Professor Charles Gide, der an sich für die Einrichtungen des „Centrososjus“ sehr begeistert ist, wie folgt. Er fragt: „Kann man sagen, daß diese Genossenschaftsbewegung den Idealen der Rochdaler Pioniere entspricht, denjenigen, die so viele andere und auch ich selbst gepredigt haben? Wohl kaum! Es gibt in Russland eine Reihe von Genossenschaften, die dem Rochdaler Typ treu geblieben sind.

zum Staat und meint, daß wenn die Funktionen scharf auseinandergelegt würden, der Tag kommen werde, an dem die Sowjets nur die politische Gewalt in der Hand hätten und die ganze wirtschaftliche Macht auf den „Centrososjus“ übergehe.

Kunst und Wissen.

Gastspiel der Egl-Bühne. Die Aufführung des Schönherr-Dramas Sonnwendtag stellt wohl die Verbeugung der Egl-Reute vor der Tiroler Heimathunst dar. Aber dieses Werk Schönherrs ist nur allzu gemacht, quälend erfunden, leingeistig in seiner ganzen Anlage, bevölkert von lauter halben Seldern, in seinen Aufschüssen ebenso geschickt wie verlogen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch „Von Morgens bis Mitternacht“; Donnerstag „Lohengrin“; Freitag „Tausend und eine Nacht“; Samstag Premiere „Das Kamel geht durch das Radesöhr“; Sonntag abends „Madi“ mit Elfe Lord-Reißner a. G. (ermäßigte Preise).

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch Egl-Bühne „Die politische Witwe“; Donnerstag Gastspiel der Egl-Bühne „Das Jungfernwed“; Freitag Gastspiel der Egl-Bühne „Der Chestreit“; Samstag „Entführung aus dem Serail“; Sonntag 3 Uhr Gastspiel Elfe Lord-Reißner „Die Flamme“, abends „Lilium“.

Die drei Sünden wider die Schönheit lautet das Thema der zwei Vorträge, gehalten vom holländischen Architekten und Kunststheoretiker Van de Velde. Der erste Vortrag (deutsch) findet Donnerstag, den 13., der zweite (fortsetzung, französisch) Samstag, den 15. März um halb 8 Uhr abends im Stadtkostsaal des Obeni dum statt.

Literatur.

Die Weltträsel — Die Lebenswunder — Die vier Evangelien. (Drei Bücher in Taschenausgabe des Krönerverlags Leipzig.) Das alte gute Buch Goethes, das heute in der Zeit der metaphysischen Infektion lebenswichtiger ist denn je, liegt hier in einer neuen schönen und vor allem handlichen Ausgabe. Der Druck ist gut und deutlich. Verdienstvoll ist die Tatsache, daß gleichzeitig die Fortsetzung der Weltträsel — die Lebenswunder herauskam.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz in Bilin. Am Sonntag fand in der Volkshalle in Bilin die halbjährige Bezirkskonferenz statt, welche von 15 Lokalorganisationen durch 46 Delegierte besucht war. Für die Kreisvertretung war Gen. Krenmer anwesend. Die Konferenz wurde vom Bezirksvertrauensmann Gen. Kühnel eröffnet; aus dessen Bericht war zu entnehmen, daß in der Berichtszeit fleißig gearbeitet wurde.

demonstration am Nachmittag zu veranstalten. Um 1 Uhr mittags fand die arbeitsreich verlaufene Konferenz ihren Abschluß.

Bezirkskonferenz Postelberg. Die Sonntag in Postelberg stattgefundene Bezirkskonferenz war von 50 Delegierten der Lokalorganisation besucht. Das Referat über die Werbeaktion erstattete Gen. Svoboda-Teplitz. Die Konferenz beauftragte die Bezirksparteileitung, unverzüglich mit den Vorbereitungen für die Werbung neuer Parteimitglieder und Abnehmer der Parteipresse zu beginnen.

Bezirkskonferenz Schludenz. Am Sonntag fand in Hahns Gasthaus in Groß-Schludenz eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt, welche sehr gut besucht war. Es waren aus 15 Lokalorganisationen 68 Delegierte, darunter fünf Frauen, erschienen. Tagesordnung der Konferenz war: Bericht von der Kreisversammlung, Märsch und Werbeaktion.

Bezirkskonferenz Mähren. Am Sonntag fand in Hahns Gasthaus in Groß-Schludenz eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt, welche sehr gut besucht war. Es waren aus 15 Lokalorganisationen 68 Delegierte, darunter fünf Frauen, erschienen. Tagesordnung der Konferenz war: Bericht von der Kreisversammlung, Märsch und Werbeaktion.

Mitteilungen aus dem Publikum. Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 21, Kl. Saal 1332

Bereinsnachrichten. Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Heute um 8 Uhr abends spricht Genosse Dr. Luitpold Stern über „Heimatsforschung und Klassenkampfsgeichte“.

Jodbad Darkau. Station der Kaschau-Oderberger Eisenbahn, Ostschlesien, C.-S.-B. 3621. Stärkstes Jodsol-Brombad, gründl. renoviert, einziges Bad, wo in reiner Jodsole gebadet wird.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien. Direktion für die tschechoslowakische Republik. empfiehlt sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Vieh-Versicherungen zu kulantesten Preisen.